

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Österreichische Maßnahmen zur Restitution und Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus

Österreich / Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Wien, 2001

B. Entschädigung von Zwangsarbeit

B. Entschädigung von Zwangsarbeitern

Dokument 20

Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz)

„Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Mit diesem Bundesgesetz wird ein Fonds zur Erbringung von Leistungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich eingerichtet. Er trägt die Bezeichnung „Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“. Der Fonds hat seinen Sitz in Wien.

(2) Der Fonds hat zum Ziel, durch eine freiwillige Geste der Republik Österreich gegenüber natürlichen Personen, die durch das nationalsozialistische Regime zu Sklaven- oder Zwangsarbeit auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich gezwungen wurden, einen Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit zu leisten.

(3) Der Fonds ist eine Einrichtung der Republik Österreich, unterliegt österreichischem Recht, besitzt eigene Rechtspersönlichkeit und dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken.

§ 2. (1) Der Fonds erbringt einmalige Geldleistungen an natürliche Personen, die vom nationalsozialistischen Regime

1. zwangsweise oder unter Vortäuschung falscher Tatsachen zur Arbeit in das Gebiet der heutigen Republik Österreich verbracht wurden oder nach freiwilligem Aufenthalt auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich an einer Heimkehr gehindert wurden, hier zur Arbeit gezwungen wurden, besonders schlechten Lebensbedingungen unterworfen waren und entweder
 - a) haftmäßig untergebracht oder sonst einer wesentlichen Freiheitsbeschränkung unterworfen waren oder
 - b) in ihren persönlichen Rechten eingeschränkt oder besonders strengen Disziplinärmaßnahmen unterworfen waren (Zwangsarbeiter bzw. Zwangsarbeit); oder
2. während einer Inhaftierung in einem auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich gelegenen Konzentrationslager oder in einer einem solchen Lager gleichzuhaltenden Haftstätte unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden (Sklavenarbeiter bzw. Sklavenarbeit); oder

(BGBl. I Nr. 74/2000)

3. unter den im Einleitungssatz der Z 1 genannten Voraussetzungen durch die Arbeit eine nachweislich schwere oder nachhaltige physische oder psychische Schädigung erlitten haben (besondere Härtefälle); oder
4. als Kinder oder Minderjährige vor Vollendung des 12. Lebensjahres zusammen mit einem oder beiden Elternteilen (Z 1 bis Z 3) in das Gebiet der heutigen Republik Österreich verbracht oder während des Zwangsarbeitseinsatzes der Mutter hier geboren wurden.

(2) Der Fonds erbringt weiters einmalige Geldleistungen an natürliche Personen, die vom nationalsozialistischen Regime ohne die Bedingung des Einleitungssatzes des Abs. 1 Z 1 zu erfüllen, aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, auf Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung, auf Grund des Vorwurfes der so genannten Asozialität oder im Zusammenhang mit medizinischen Experimenten auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich unter Bedingungen arbeiten mussten, die jenen des Abs. 1 Z 1 lit. a oder b gleichkamen.

(3) An ehemalige Kriegsgefangene werden Leistungen nicht erbracht.

§ 3. (1) Die Höhe der Leistungen beträgt:

1. 105000 S bei Personen gemäß § 2 Abs. 1 Z 2 (Sklavenarbeiter).
2. 35000 S bei Personen gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 und Abs. 2 (Zwangsarbeiter), die Zwangsarbeit in Industrie, Gewerbe, Bauwirtschaft, Elektrizitätswirtschaft und in der sonstigen gewerblichen Wirtschaft, in öffentlichen Einrichtungen, bei Reichsbahn oder Reichspost leisten mussten.
3. 20000 S bei Personen gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 und Abs. 2 (Zwangsarbeiter), die Zwangsarbeit ausschließlich in der Land- und Forstwirtschaft oder in Form persönlicher Dienstleistungen (Haushalt, Hotels uä.) leisten mussten.
4. Kinder und Minderjährige gemäß § 2 Abs. 1 Z 4 erhalten den Betrag, der dem Elternteil zusteht oder zustehen würde. Bei Deportation mit beiden Elternteilen, die unterschiedliche Beträge erhalten oder erhalten würden, gilt der jeweils höhere Betrag.
5. An Frauen, die während der Zeit ihres Einsatzes als Zwangsarbeiterinnen Kinder in Ostarbeiterinnen Entbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden, kann eine zusätzliche Leistung von 5000 S erbracht werden.

(2) Die im § 2 Abs. 1 Z 3 angesprochenen Härtefälle können Leistungen bis zum Höchstbetrag der ihrem Einsatz entsprechenden Kategorie (Abs. 1 Z 2 oder 3) erhalten.

(3) Personen, die die Voraussetzungen für mehrere Kategorien erfüllen, erhalten den jeweils höchsten Betrag.

§ 4. (1) Artikel 21 und 26 des Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl.

Nr. 152/1955, werden durch dieses Bundesgesetz nicht berührt, ein Rechtsanspruch auf Leistungen nach diesem Bundesgesetz besteht daher nicht.

(2) Leistungen nach diesem Bundesgesetz sind höchstpersönlich und als solche zu beantragen. Sie sind weder pfändbar noch verpfändbar. Sie können nur gewährt werden, wenn der Antragsteller das Vorliegen der Voraussetzungen durch Urkunden oder auf andere Weise glaubhaft macht. Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach dem jeweiligen nationalen Recht.

(3) Es können nur Anträge berücksichtigt werden, die innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes bei der zuständigen Partnerorganisation oder, sofern es sich um Personen handelt, die von keiner Partnerorganisation erfasst werden, unmittelbar beim Fonds einlangen. Das Kuratorium kann eine Verlängerung der Antragsfrist um höchstens ein Jahr zulassen. Anträge, die unmittelbar beim Fonds einzubringen sind, können auch gesammelt durch Organisationen erfolgen, die, ohne eine der in § 7 Abs. 4 genannten Partnerorganisationen zu sein, die Interessen von Personen gemäß § 2 vertreten. Die Leistungen werden in diesen Fällen vom Fonds direkt an die Leistungsberechtigten erbracht.

(4) Anbringen an den Fonds sind von allen bundesgesetzlich geregelten Abgaben befreit.

(5) Personen, die im Sinne des § 2 Abs. 1 Z 2 eine Leistung aus der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten können, sind von Leistungen nach diesem Bundesgesetz ausgeschlossen. Personen, im Sinne des § 2 Abs. 1 Z 1 können Leistung nach diesem Bundesgesetz nur dann erhalten, wenn ihr Zwangsarbeitseinsatz zum überwiegenden Teil auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich stattfand. Der Fonds hat die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, damit Anträge, für deren Behandlung er nicht zuständig ist, direkt an die Abwicklungsstelle der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland weitergeleitet werden bzw. Anträge, die der Stiftung zukamen, entgegengenommen werden können. Andererseits ist sicherzustellen, dass es bei Leistungen an Zwangsarbeiter zu keinen Doppelzahlungen seitens der Stiftung bzw. des Fonds kommt.

§ 5. (1) Die Auszahlung der Leistung hat zur Voraussetzung, dass der Leistungsempfänger eine Erklärung abgibt, mit Erhalt einer Leistung nach diesem Bundesgesetz auf die Geltendmachung von Forderungen für Sklaven- und Zwangsarbeit gegen die Republik Österreich oder österreichische Unternehmen unwiderruflich zu verzichten. Der Fonds hat sicherzustellen, dass Sklaven- und Zwangsarbeiter, die im Sinne des § 2 Abs. 1 Z 2 oder Z 1 Leistung aus der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten, auch den unwiderruflichen Verzicht auf die Geltendmachung von Forderungen für Sklaven- und Zwangsarbeit gegenüber der Republik Österreich und österreichischen

Unternehmen abgeben. Umgekehrt haben die Sklaven- und Zwangsarbeiter, die im Sinne des § 2 Abs. 1 Z 2 oder Z 1 Leistung auf Grund dieses Bundesgesetzes erhalten, in ihrer Erklärung gegenüber dem Fonds auch auf die Geltendmachung von Forderungen für Sklaven- und Zwangsarbeit gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Unternehmen unwiderruflich zu verzichten.

(2) Österreichische Unternehmen im Sinne dieses Gesetzes sind alle Unternehmen, die ihren Sitz auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich hatten oder haben, sowie deren Muttergesellschaften, auch wenn diese ihren Sitz im Ausland hatten oder haben. Österreichische Unternehmen sind weiters außerhalb des Gebietes der heutigen Republik Österreich gelegene Unternehmen, an denen österreichische Unternehmen gemäß Satz 1 unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 vH beteiligt waren oder sind.

§ 6. (1) Zur Durchführung seiner Aufgaben verfügt der Fonds über Mittel im Betrag von 6 Milliarden Schilling. Diese stammen aus:

1. Zuwendungen des Bundes nach Maßgabe des jeweils geltenden Bundesfinanzgesetzes,
2. Zuwendungen anderer Gebietskörperschaften,
3. Zuwendungen aus allen Bereichen der Wirtschaft und
4. sonstigen Zuwendungen.

(2) Der Fonds ist mit dem in Abs. 1 genannten Gesamtbetrag abschließend dotiert. Eine Nachschusspflicht besteht nicht.

(3) Zuwendungen an den Fonds unterliegen nicht der Erbschafts- und Schenkungssteuer oder ähnlichen finanziellen Belastungen mit gleichem Ziel oder gleicher Wirkung.

§ 7. (1) Die Erbringung einer Leistung gemäß § 3 an die in § 2 Abs. 1 und 2 genannten Personen erfolgt entweder durch die in Abs. 4 genannten Partnerorganisationen, mit deren Staaten hierüber bilaterale Abkommen bestehen, oder direkt durch den Fonds, soweit die Personen nicht von den in Abs. 4 genannten Partnerorganisationen erfasst sind.

(2) Die Leistungen des Fonds erfolgen im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung.

(3) In Österreich unterliegen Zuwendungen des Fonds oder der Partnerorganisationen weder der Erbschafts- und Schenkungssteuer noch beim Empfänger der Zuwendung einer Steuer vom Einkommen und Ertrag.

(4) Partnerorganisationen sind die Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ in der Republik Belarus, die Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung“ in der Republik Polen, die Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ in der Russischen Föderation, der „Tschechische Rat für die NS-Opfer“ in der Tschechischen Republik, die Nationale Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ in der Ukraine, die Stiftung „Jüdisches Erbe in Ungarn“ in der Republik Ungarn.

(5) Der Fonds sorgt in Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes für eine angemessene weltweite Bekanntmachung der nach diesem Bundesgesetz möglichen Leistungen. Diese beinhaltet insbesondere Informationen über den Fonds und die Partnerorganisationen, die Leistungsvoraussetzungen, Anmeldefristen und über in diesem Zusammenhang notwendige Datenüberprüfungen.

(6) Nähere Vorschriften über die Erbringung der Leistungen werden in den Richtlinien des Fonds erlassen und sind in die zwischen dem Fonds und den Partnerorganisationen zu schließenden Verträge (§ 8 Abs. 2) aufzunehmen.

§ 8. (1) Mittel des Fonds werden den Partnerorganisationen je nach tatsächlichem Bedarf innerhalb kürzest möglicher Frist auf Grund der von diesen übermittelten und vom zuständigen Organ des Fonds stichprobenartig überprüften Listen von Personen gemäß § 2 Abs. 1, die am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in den in den bilateralen Abkommen gemäß § 7 Abs. 1 genannten Ländern hatten, sowie zur Deckung der bei den Partnerorganisationen entstehenden Personal- und Sachkosten einschließlich der Kosten für die Bekanntmachung gemäß § 7 Abs. 5, in angemessener Höhe zugewiesen. Dabei ist Vorsorge zu treffen, dass die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit in den betreffenden Staaten entsprechend betont werden.

(2) In Abkommen mit den in § 12 Abs. 1 Z 8 genannten Staaten ist vorzusehen, dass die betreffenden Staaten weitere Forderungen gegen die Republik Österreich oder österreichische Unternehmen aus dem Titel ehemalige Sklaven- oder Zwangsarbeit weder geltend machen noch vertreten oder unterstützen. Die Modalitäten der Zuwendung von Leistungen werden in Abkommen mit den in § 7 genannten Staaten sowie in Verträgen zwischen dem Fonds und den Partnerorganisationen geregelt. Soweit in Staaten Partnerorganisationen gemäß § 7 Abs. 4 eingerichtet sind, ist in Abkommen darüber hinaus vorzusehen, dass

1. die Glaubhaftmachung der Leistungsberechtigung durch Unterlagen oder auf sonstige geeignete Weise erfolgt,
2. Personen, deren vollständige und geprüfte Unterlagen über die von ihnen geleistete Sklaven- und Zwangsarbeit sich im Besitz der Partnerorganisationen befinden, nicht verpflichtet sind, neue Anträge auf Auszahlungen einzureichen,
3. Vertreter des Fonds oder von diesen beauftragte Personen in die Tätigkeiten der Partnerorganisationen, soweit sie mit der Durchführung dieses Bundesgesetzes zusammenhängen, Einsicht nehmen oder auf andere Weise mitwirken können,
4. die Leistungen ohne Abzüge weiterzugeben sind und insbesondere nicht zur Minderung von Einkünften aus dem System der sozialen Sicherheit und dem Gesundheitswesen führen dürfen,

5. Leistungen nur gegen Abgabe der Erklärung gemäß § 5 Abs. 1 gewährt und diese Erklärungen an den Fonds weitergeleitet werden.

(3) Im Interesse größtmöglicher Transparenz ist auch eine entsprechende regelmäßige internationale Wirtschaftsprüfung bei den Partnerorganisationen vorzusehen, deren Kosten vom Fonds getragen werden und deren Auswahl im Einvernehmen zwischen der jeweiligen Partnerorganisation und dem Fonds zu treffen ist. Die internationale Wirtschaftsprüfung für den Fonds wird durch das Kuratorium beschlossen.

§ 9. (1) Der Fonds und die Partnerorganisationen sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung darf nur unterbleiben, wenn besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen die berechtigten Informationsinteressen des Fonds oder der Partnerorganisationen überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Bundesgesetz, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur im Rahmen der Erbringung der Leistungen verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist nur zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

§ 10. (1) Organe des Fonds sind das Kuratorium (§ 11), das Komitee (§ 13) und der Generalsekretär (§ 14).

(2) Der Fonds wird nach außen vom Vorsitzenden des Kuratoriums vertreten.

§ 11. (1) Das Kuratorium ist das oberste Organ des Fonds. Ihm obliegen insbesondere:

1. Die Erlassung und Veröffentlichung der Geschäftsordnung des Fonds.
2. Die Erlassung der Richtlinien des Fonds über die Erbringung von Leistungen.
3. Die Bestellung der Mitglieder des Komitees.
4. Die Beschlussfassung über die Finanzordnung.
5. Die Festlegung jener Leistungen, die durch das Komitee zu entscheiden sind.
6. Die Feststellung von Leistungen, soweit dies nicht dem Komitee übertragen wird.
7. Die Beschlussfassung über die Veranlagung des Fondsvermögens.
8. Die Kontrolle über die widmungsgemäße Verwendung des Fondsvermögens.
9. Die Beauftragung und Durchführung einer regelmäßigen internationalen Wirtschaftsprüfung.
10. Die Genehmigung des Rechnungsabschlusses.
11. Der Beschluss über den halbjährlichen Bericht an die Bundesregierung.

(2) Die Bundesregierung hat dem Hauptausschuss des Nationalrates den Bericht gemäß Abs. 1 Z 11 unverzüglich vorzulegen und für eine Veröffentlichung zu sorgen.

§ 12. (Verfassungsbestimmung) (1) Dem Kuratorium gehören an:

1. der Bundeskanzler, der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, der Bundesminister für Finanzen, der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit oder von diesen entsandte Vertreter aus dem jeweiligen Ressort,
2. je ein von den im Nationalrat vertretenen Parteien zu entsendendes Mitglied,
3. ein Mitglied, welches von der Landeshauptleutekonferenz zu entsenden ist,
4. drei Wirtschaftsvertreter, die von der Arbeitsgemeinschaft „Plattform Humanitäre Aktion“ entsendet werden,
5. ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs,
6. der Leiter des Dokumentationszentrums des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes oder ein von ihm zu entsendender Vertreter,
7. der Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma oder ein von ihm zu entsendender Vertreter,
8. je ein Vertreter der Regierungen der Republik Belarus, der Republik Polen, der Russischen Föderation, der Tschechischen Republik, der Ukraine, der Republik Ungarn und der Vereinigten Staaten von Amerika, sofern diese einen solchen entsenden, und
9. ein von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu entsendender Rechtsanwalt.

(2) Vorsitzender des Kuratoriums ist der Bundeskanzler. Das Kuratorium wählt auf Vorschlag des Vorsitzenden einen Stellvertreter des Vorsitzenden, der seinerseits durch das an Jahren älteste sonstige Mitglied gemäß Abs. 1 Z 1 vertreten wird. Das Kuratorium fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden oder des Mitglieds, das ihn vertritt.

(3) Das Kuratorium kann beschließen, zu einzelnen Tagesordnungspunkten Vertreter von Personen gemäß § 2 Abs. 1 und 2 oder andere Auskunftspersonen zu hören.

(4) Die Funktionen im Kuratorium werden ehrenamtlich ausgeübt; notwendige Auslagen werden vom Fonds ersetzt.

§ 13. (1) Dem Komitee gehören der Vorsitzende des Kuratoriums oder ein von ihm bestellter Vertreter als Vorsitzender, ein weiteres vom Kuratorium bestelltes Mitglied als Stellvertreter des Vorsitzenden sowie drei weitere vom Kuratorium bestellte Mitglieder an.

(2) Das Komitee entscheidet im Umfang seiner Ermächtigung (§ 11 Z 5) über die Erbringung von Leistungen.

(3) Das Komitee entscheidet über die stichprobenartige Kontrolle der von den Partnerorganisationen übermittelten Listen von Personen gemäß § 2 Abs. 1 und über geeignete Maßnahmen auf Grund der Ergebnisse.

(4) Der Vorsitzende des Komitees (oder sein Stellvertreter) hat dem Kuratorium in jeder Kuratoriumssitzung über die in der Zwischenzeit vom Komitee getroffenen Entscheidungen zu berichten.

§ 14. (1) Der Generalsekretär dient der Unterstützung des Vorsitzenden des Kuratoriums bei der Verwaltung des Fonds und bereitet die Feststellungen und Entscheidungen des Kuratoriums und des Komitees vor.

(2) Der Generalsekretär wird auf Vorschlag des Vorsitzenden vom Kuratorium bestellt.

§ 15. (1) Erträge des Fondsvermögens und sonstige Einnahmen sind nur im Sinne des Fondszwecks zu verwenden. Dies schließt Personal- und Sachkosten ein.

(2) Der Fonds wird auf drei Jahre befristet eingerichtet. Nach Zeitablauf wird das restliche Vermögen des Fonds durch Entscheidung des Kuratoriums für Leistungen im Zusammenhang mit Unrecht, das während des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geschah, verwendet werden, wobei vor allem auch Erben jener Sklaven- und Zwangsarbeiter, die vor dem Stichtag (§ 4 Abs. 2) verstorben sind, Berücksichtigung finden sollen.

§ 16. Die in diesem Bundesgesetz verwendeten personenbezogenen Ausdrücke betreffen, soweit dies inhaltlich in Betracht kommt, Frauen und Männer gleichermaßen.

§ 17. (Verfassungsbestimmung) Dieses Bundesgesetz tritt in Kraft, sobald sichergestellt ist, dass die in § 6 erwähnten Mittel in vollem Umfang zur Verfügung stehen und die Abkommen mit den Staaten, in denen Partnerorganisationen gemäß § 7 Abs. 4 eingerichtet sind, sowie mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet sind. Die Bundesregierung gibt den Tag des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes im Bundesgesetzblatt I bekannt.

§ 18. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind betraut:

1. hinsichtlich § 4 Abs. 4, § 6 Abs. 3 und § 7 Abs. 3 der Bundesminister für Finanzen;
2. hinsichtlich des § 12 jeweils der dort genannte, in seinem Wirkungsbereich berührte Bundesminister;
3. hinsichtlich der übrigen Bestimmungen die Bundesregierung.

Klestil

Schüssel“

Englische Übersetzung:

Federal Law

Concerning the Fund for Voluntary Payments by the Republic of Austria to Former Slave Laborers and Forced Laborers of the National Socialist Regime (Reconciliation Fund Law)

Section 1.

(1) This federal law establishes a Fund for providing payments to former slave laborers and forced laborers of the Nazi regime on the territory of present day Austria. It bears the name "Fund for Reconciliation, Peace, and Cooperation (Reconciliation Fund)." The Fund has its headquarters in Vienna.

(2) The goal of the Fund is to make a contribution toward reconciliation, peace, and cooperation through a voluntary gesture of the Republic of Austria to natural persons who were coerced into slave labor or forced labor by the National Socialist regime on the territory of the present day Republic of Austria.

(3) The Fund is an organ of the Republic of Austria, is subject to Austrian law, has the character of a legal person, and serves public or charitable purposes only.

Section 2.

(1) The Fund makes one-time payments to natural persons who under the Nazi regime

1. were transported by force or by deception into work on the territory of the present day Republic of Austria, or who after a voluntary stay on the territory of present day Republic of Austria were prevented from returning home, were forced to work here, were subjected to particularly bad living conditions and either
 - a) were subject to confinement or some other significant limitation of freedom, or
 - b) were deprived of their personal rights or subjected to particularly severe disciplinary measures (forced laborers or forced labor, as the case may be); or
2. were forced while under detention to do slave labor in a concentration camp or in a similar place of confinement under inhumane conditions on the present day territory of the Republic of Austria (slave laborers or slave labor, as the case may be); or
3. *suffered demonstrably severe and lasting physical or psychological damage due to work they had to do under conditions cited in the introductory sentence of Number 1 (special hardship cases); or*
4. were transported as children or as minors under the age of 12 with one or both parents (as described in Numbers 1 through 3 of this Section)

into the territory of the present day Republic of Austria or who were born here during the mother's period of forced labor.

(2) In addition, the Fund will make one-time financial payments to natural persons who without fulfilling the conditions of the introductory sentence of Section 1, Number 1 but because of political motives, reasons of ancestry, religion, nationality, sexual orientation, physical or mental handicap, accusation of supposed anti-social behavior or in connection with medical experiments were coerced by the National Socialist regime to work on the territory of present day Austria under conditions equivalent to those cited in Paragraph 1, Numbers 1 a) or b).

(3) Payments are not to be made to former prisoners of war.

Section 3.

(1) The amounts to be paid are as follows:

1. 105,000 Austrian shillings to persons described in Section 2, Paragraph 1, Number 2 (slave laborers).
2. 35,000 Austrian shillings to persons described in Section 2, Paragraph 1 and Paragraph 2 (forced laborers) who had to perform forced labor in industry, business, construction, power companies and other commercial enterprises, public institutions, rail transportation or postal service.
3. 20,000 Austrian shillings to persons described in Section 2, Paragraph 1, Number 1 and Paragraph 2 (forced laborers) who had to do forced labor exclusively in agriculture or forestry or in the form of personal services (housekeeping, hotel work, etc.).
4. Children and minors as described in Section 2, Paragraph 1, Number 4 are to receive the amount to which the parent is entitled or would be entitled. In the case of a deportation with both parents each of whom is or would be entitled to a different amount, the larger amount is applicable in each case.
5. A supplementary payment of 5000 Austrian shillings may be made to women who during their time as forced laborers gave birth to children in maternity facilities for eastern workers or who were forced to undergo abortions.

(2) The hardship cases mentioned in Section 2, Paragraph 1, Number 3 may receive payments up to the amount applicable to their categories (Paragraph 1, Number 2 or 3).

(3) Persons who meet the conditions for several categories are to receive the highest amount applicable.

Section 4.

(1) Articles 21 and 26 of the State Treaty restoring an independent and democratic Austria, Federal Legislative Record No. 152/1955, are not

affected by this federal law; this federal law does not confer a legal right to payment.

(2) Payments under this federal law are strictly personal and must be applied for as such. They are not to be given or taken as security for a loan. They can be allowed only if the petitioner through documentation or otherwise makes a credible claim to fulfillment of the conditions. If the eligible person has died on or after February 15, 2000, then the heirs according to the national law of the person in question shall succeed.

(3) The only applications that can be considered are those received within two years from the effective date of this federal law by the responsible partner organizations or, in the case of persons for whom there is no partner organization, directly by the Fund. The Board of Trustees is permitted to extend the deadline by a maximum of one year. Applications that are to be submitted directly to the Fund can also be brought together and processed by organizations that while not listed among the partner organizations cited in Section 7, Paragraph 4 do represent the interests of persons cited in Section 2. In such cases the payments will be made by the Fund directly to the eligible persons.

(4) Contributions to the Fund are to be free of all federally-imposed deductions.

(5) Persons who could receive payments under Section 2, Paragraph 1, Number 2 from the foundation "Remembrance, Responsibility, and Future" of the Federal Republic of Germany are ineligible for payments under this federal legislation. Persons described in Section 2, Paragraph 1, Number 1 may receive payments under this law only if the majority of their forced labor took place on the territory of present day Austria. The Austrian Fund, therefore, is to take the necessary steps so that applications received by the Fund for whose processing it is not responsible can be accepted and transmitted directly to the processing center of the foundation "Remembrance, Responsibility, and Future." On the other hand, it must be assured that in the case of payments to forced laborers there not be duplicate payments from the Foundation and the Fund.

Section 5.

(1) Payment of an award is made under the condition that the recipient make a declaration that with the receipt of an award under this federal law he renounces irrevocably any claim for slave labor or forced labor against the Republic of Austria or against Austrian business. The Fund is to assure that slave laborers and forced laborers covered under Section 2, Paragraph 1, Numbers 2 or 1 who receive payments from the "Remembrance, Responsibility and Future" Foundation of the Federal Republic of Germany also make an irrevocable renunciation of any claims for slave

labor and forced labor against the Republic of Austria and Austrian business enterprises. Likewise, slave laborers and forced laborers who receive payments under Section 2, Paragraph 1, Number 2 or 1 of this federal law must in their declaration to the Fund also renounce irrevocably any claims for slave labor or forced labor against the Federal Republic of Germany and German business enterprises.

(2) Austrian business enterprises for the purposes of this legislation are defined as all business enterprises that had or now have their headquarters on the territory of the present day Republic of Austria, as well as their parent companies even if they had or now have their headquarters in another country. In addition, Austrian business enterprises are those business enterprises located outside the territory of the present day Republic of Austria in which Austrian business enterprises as defined in Sentence 1 had or now have either directly or indirectly an ownership share of at least 25 per cent.

Section 6.

(1) The Fund shall have moneys in the amount of 6 billion Austrian shillings to carry out its tasks. This amount will consist of:

1. contributions of the federal government according to the federal financial legislation applicable at that time,
2. contributions of other regional bodies,
3. contributions from all areas of business and industry, and
4. other contributions.

(2) With the overall total cited in Paragraph 1, the Fund is fully capitalized. There is no obligation to make a supplementary payment.

(3) Contributions to the Fund are not subject to the inheritance tax nor the gift tax nor to any similar financial impositions having the same purpose or effect.

Section 7.

(1) The awarding of a payment under Section 3 to persons named in Section 2, Paragraphs 1 and 2 is to be made either through the partner organizations named in Paragraph 4 with whose governments pertinent bilateral agreements exist or directly by the Fund in cases where persons are not covered by the partner organizations named in Paragraph 4.

(2) Payments by the Fund are to be made according to administrative principles governing private enterprise.

(3) In Austria, payments to the Fund or the partner organizations are not subject to inheritance tax nor gift tax, and the recipient of a payment is not subject to income tax nor capital gains tax.

(4) The partner organizations are:

- the foundation “Understanding and Reconciliation” in the Republic of Belarus;
- the foundation “German-Polish Reconciliation” in the Republic of Poland;
- the foundation “Understanding and Reconciliation” in the Russian Federation;
- the “Czech Council for the Victims of National Socialism” in the Czech Republic;
- the National Foundation “Understanding and Reconciliation” in Ukraine;
- the foundation “Jewish Legacy in Hungary” in the Republic of Hungary.

(5) Within two months after this federal law comes into effect, the Fund in cooperation with the partner organizations is to give appropriate worldwide publicity to the payments made possible under this federal law. Specifically, this publicity is to contain information about the Fund and the partner organizations, the conditions that need to be fulfilled for awards, application deadlines, and information about the data verification that will be needed in this regard.

(6) Additional provisions for the award of payments will be laid out in the guidelines of the Fund and are to be addressed in the contracts to be concluded between the Fund and the partner organizations (Section 8, Paragraph 2).

Section 8.

(1) Moneys of the Fund will be transferred in the shortest possible time to the partner organizations according to actual need on the basis of lists, which are submitted by each partner organization and spot checked by the responsible organ of the Fund, of persons who according to Section 2, Paragraph 1 were permanent residents on February 15, 2000, of countries named in the bilateral agreements according to Section 7, Paragraph 1, and will also be given to cover appropriate personnel and material expenses of the partner organizations, including the cost of publicity stipulated in Section 7, Paragraph 5. Care must be taken in this respect that the Austrian origin of the money and its purpose be emphasized appropriately to the eligible recipients and to the public in the countries affected.

(2) It is intended that agreements be reached with the governments of countries named in Section 12, Paragraph 1, Number 8 stating that these countries will not assert nor advocate or support further claims against the Republic of Austria or against Austrian business enterprises in the category of past slave labor or forced labor. The modalities for making payments will

be established through agreements with the countries named in Section 7 as well as through contracts between the Fund and the partner organizations. In so far as partner organizations according to Article 7, Paragraph 4, are established in particular countries, then bilateral agreements should provide that:

1. eligibility for financial awards is to be established through appropriate documentation or other appropriate means,
2. persons whose complete and already examined files concerning the slave labor or forced labor done by them are already in the possession of the partner organization do not have to submit new applications for payment,
3. representatives of the Fund or persons commissioned by the Fund are to be permitted to exercise oversight or otherwise cooperate with regard to work of the partner organizations in so far as this would be related to the implementation of this federal legislation, and
4. financial payments are to be made without any deductions and, in particular, they are not to lead to any reduction of payments made under the social security and health insurance systems.
5. financial payments are to be made only upon submission of the declaration stipulated in Section 5, Paragraph 1 and that this declaration is to be forwarded to the Fund.

(3) In the interest of greatest possible transparency, a periodic international business audit is to be conducted at each of the partner organizations, the cost of which is to be paid by the Fund; the selection of the auditing organization is to be made by agreement between each partner organization and the Fund. The decision on the international business audit of the Fund will be made by the Board of Trustees.

Section 9.

(1) The Fund and the partner organizations are authorized to receive information necessary for carrying out its work from government agencies and other public institutions. Information may be withheld only when its transmission would be contrary to specific legal regulations or if the protection of individual privacy outweighs the legitimate desire of the Fund to have the information.

(2) The information received may be used only for carrying out the purposes of this federal law and the personal data of a claimant may be used only for the determination of payments. The use of these data for other purposes is only permitted if the claimant gives explicit permission.

Section 10.

(1) The organs of the Fund are the Board of Trustees (Section 11), the Committee (Section 13) and the Secretary General (Section 14).

(2) The public representative of the Fund is to be the chairperson of the Board of Trustees.

Section 11.

(1) The Board of Trustees is the highest organ of the Fund. It has particular responsibility for the following:

1. Release and publication of the Fund's standard operating procedures.
2. Release of Fund guidelines for making monetary awards.
3. Appointment of the members of the Committee.
4. Decision making on financial procedures.
5. The determination of which awards are to be decided upon by the Committee.
6. The determination of awards that are not transferred to the responsibility of the Committee.
7. Decision-making on the disposition of the Fund's capital assets.
8. Control over the purposeful expenditure of the Fund's capital assets.
9. Commissioning and implementing a periodical international business audit.
10. Approval of account balance statements.
11. Decision-making for the semi-annual report to the Federal Government.

(2) The Federal Government is to present promptly the report stipulated in Paragraph 1, Number 11 to the Principal Committee of the National Council and see to it that it is published.

Section 12. (Constitutional Provision)

(1) The Board of Trustees consists of the following:

1. the Federal Chancellor, the Federal Minister of Foreign Affairs, the Federal Minister of Finance, the Federal Minister for Business and Labor, or a representative of one or more of these offices,
2. a member to be sent by each of the parties represented in the National Council,
3. a member to be sent by the Conference of State Governors,
4. three business representatives to be sent by the working group called "Humanitarian Action Platform,"
5. a representative of the Austrian Working Group of Concentration Camp Associations and Resistance Fighters,
6. the Head of the Documentation Center of the Alliance of Jewish Victims of Persecution or his representative,
7. the Head of the Cultural Association of Austrian Roma Peoples or his representative,
8. One representative each of the governments of the Republic of Belarus, the Polish Republic, the Russian Federation, the Czech Republic,

Ukraine, the Republic of Hungary, and the United States of America to the extent that these countries choose to send representatives.

9. an attorney to be sent by the government of the United States of America.

(2) The chairperson of the Board of Trustees is the Federal Chancellor. On the recommendation of the chairperson, the Board of Trustees will elect a deputy chairperson, whose deputy in turn will be the person among the remaining members named in Paragraph 1, Line 1 above who is the oldest. The Board of Trustees will make its decisions on the basis of simple majority, provided that a quorum of at least half the members is present. In case of a tie, the vote will be decided by the chairperson or by the person who is serving in his place.

(3) The Board of Trustees may decide for individual agenda items to hear testimony of representatives of persons designated in Section 2, Paragraph 1 and 2, or of other persons having information.

(4) Work on the Board of Trustees will be carried out on a “pro bono” basis; necessary expenses will be reimbursed by the Fund.

Section 13.

(1) Members of the Committee are the chairperson of the Board of Trustees or a substitute named by him as chairperson, an additional member named by the Board of Trustees as deputy chairperson, as well as three additional members named by the Board of Trustees.

(2) The Committee decides according to its competencies under Section 11, Number 5 on the awarding of payments.

(3) The Committee makes decisions about the spot checking of the lists of persons submitted by the partner organizations in keeping with Section 2, Paragraph 1 and about appropriate measures to be based on this spot checking.

(4) The chairperson of the Committee or his deputy is to report to each meeting of the Board of Trustees on decisions made by the Committee since its previous meeting.

Section 14.

(1) The Secretary General supports the chairperson of the Board of Trustees in the administration of the Fund and prepares the factual documents and the decision documents of the Board of Trustees and of the Committee.

(2) The Secretary General is to be appointed by the Board of Trustees on the recommendation of the chairperson.

Section 15.

(1) Earnings on the capital fund and other income are to be used only in support of the goals of the Fund. This includes personnel and material expenditures.

(2) The Fund is to be established for a period of three years. At the end of that time, the Board of Trustees may decide to spend the remaining capital of the Fund for payments in connection with wrongs that had taken place on the territory of the present day Republic of Austria during the time of the National Socialist regime whereby particular consideration is to be given to the heirs of those slave laborers and forced laborers who died before the deadline (Section 3, Paragraph 2).

Section 16.

In so far as is relevant, any expressions in this federal law pertaining to persons pertain equally to women and to men.

Section 17. (Constitutional Provision)

This federal law will take effect as soon as it has been confirmed that all of the funds referred to in Section 6 are available and that the agreements with countries in which partner organizations according to Section 7, Paragraph 4 have been established and the agreement with the United States have been signed. The federal government will publish the effective date of this federal law in Volume I of the Federal Legislative Record.

Section 18.

The following are charged with the implementation of this federal law: the Federal Minister of Finance with regard to Section 4, Paragraph 4; Section 6, Paragraph 3; and Section 7, Paragraph 3;

2. the relevant federal minister for any matters covered in Section 12 that touch on his responsibilities;
3. the Federal Government for all remaining provisions.

Dokument 21

Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 180/A der Abgeordneten Dr. Josef Cap, Dr. Andreas Khol, Ing. Peter Westenthaler, Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz)

„Die Abgeordneten Dr. Josef Cap, Dr. Andreas Khol, Ing. Peter Westenthaler, Mag. Terezija Stoisits und Genossen haben am 6. Juni 2000 den gegenständlichen Antrag im Nationalrat eingebracht.

Der Verfassungsausschuss hat den Initiativantrag in seiner Sitzung am 30. Juni 2000 in Verhandlung genommen.

In der Debatte ergriffen außer der Berichterstatterin, Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, die Abgeordneten Dr. Andreas **Khol**, Dr. Michael **Krüger**, Dr. Heinz **Fischer**, Mag. Terezija **Stoisits**, Dr. Josef **Cap**, MMag. Dr. Madeleine **Petrovic** und Mag. Walter **Posch** sowie der Bundeskanzler Dr. Wolfgang **Schüssel** und die Regierungsbeauftragte zur Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter Dr. Maria **Schaumayer** das Wort.

Die Abgeordneten Dr. Josef **Cap**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Dr. Michael **Krüger** und Mag. Terezija **Stoisits** brachten einen umfassenden Abänderungsantrag ein.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf in der Fassung des oben erwähnten Abänderungsantrages einstimmig angenommen.

Ferner traf der Ausschuss einstimmig folgende Feststellungen:

Allgemeiner Teil

Das nationalsozialistische Regime hat in seiner unvorstellbar menschenverachtenden Ausformung unendlich viel Leid über Millionen von Menschen gebracht. Österreich, das am 13. März 1938 von Hitler-Deutschland besetzt wurde, hat in den Kriegsjahren als Staat nicht existiert. Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, dass unter den größten Verbrechern des nationalsozialistischen Regimes auch Österreicher waren.

Holocaust, aber auch Sklaven- und Zwangsarbeit waren Ausdruck einer grausamen Missachtung der Menschenrechte und bedeutete Deportation von Menschen aller Altersgruppen, ihre Entrechtung, Versklavung, Misshandlung, Verletzung ihrer Menschenwürde und in vielen Fällen ihre Vernichtung durch Arbeit. Viele der Betroffenen haben sich in ihrem späteren Leben vom Trauma der Verschleppung nie mehr befreien können.

Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky betonte am 8. Juli 1991 im Nationalrat die Mitverantwortung Österreichs, indem er ein Bekenntnis zu allen Taten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen, ablegte.

Bundespräsident Dr. Thomas Klestil verwies auf die moralische Mitverantwortung Österreichs, in dem er anlässlich seiner Rede in Jerusalem am 15. November 1994 ausführte: ‚Heute wissen wir Österreicher, dass das Eingeständnis der vollen Wahrheit zu lange auf sich warten ließ: Wir wissen, dass wir oft nur davon gesprochen haben, dass Österreich als erster Staat seine Freiheit und Unabhängigkeit an den Nationalsozialismus verlor – aber viel zu selten auch darüber, dass manche der ärgsten Schergen der NS-Diktatur Österreicher waren. Kein Wort der Entschuldigung könnte je den Schmerz über den Holocaust aus dem Gedächtnis löschen – namens der Republik Österreich verbeuge ich mich vor den Opfern von damals.‘

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Wiedererrichtung der Republik Österreich wurde der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet, um an das unermessliche Leid zu erinnern, das der Nationalsozialismus über Millionen von Menschen gebracht hat, und der Tatsache zu gedenken, dass auch Österreicher an diesen Verbrechen beteiligt waren. Dieser Fonds erbringt Leistungen als Geste der Anerkennung erlittenen Unrechts an österreichische Opfer des Nationalsozialismus.

Nach der Einrichtung des Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus im Jahr 1995 hat die Österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Dr. Viktor Klima und Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel den Weg der Aufarbeitung der österreichischen Vergangenheit durch die Einsetzung der Historikerkommission der Republik Österreich 1998 konsequent fortgesetzt.

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Wolfgang Schüssel betonte in seiner Regierungserklärung am 9. Februar 2000: ‚Wenn wir über die Zukunft der Jugend reden, dann müssen wir ihr auch etwas ganz Wesentliches mit auf den Weg geben: das Wissen um die Geschichte dieses Landes. Österreichs NS-Vergangenheit erfordert eine besonders wache und kritische Auseinandersetzung und die notwendige Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems. Dieses Wissen und die Sensibilität müssen wir künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergeben. Einige wichtige Schritte wurden in den letzten Jahren bereits gesetzt.‘

Jetzt geht es darum, dass die Bundesregierung im Lichte des Zwischenberichtes der Österreichischen Historikerkommission die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffene-

nen Unternehmen rasch entschädigt. Die neue Bundesregierung wird darauf drängen, dass die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter so schnell wie möglich zu ihrem Recht kommen.“

Am 15. Februar 2000 hat die Österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Vizekanzlerin Dr. Susanne Riess-Passer mittels Ministerratsbeschlusses die frühere Präsidentin der Oesterreichischen Nationalbank, Dr. Maria Schaumayer, als Regierungsbeauftragte mit der Führung der Verhandlungen über österreichische Leistungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich beauftragt. Ziel der Verhandlungen war es, durch freiwillige Leistungen Österreichs auf der Grundlage einer eigenständigen österreichischen Fondslösung einerseits einer moralischen Verpflichtung Österreichs gegenüber den Opfern der so genannten Sklavenarbeit und der Zwangsarbeit nachzukommen, die sich aus der Arbeitsleistung der Betroffenen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich ergibt, und andererseits den Rechtsfrieden für die österreichische Wirtschaft auf den mittel- und osteuropäischen Märkten und dem amerikanischen Markt sicherzustellen. Dieser Lösungsansatz, der mit dem vorliegenden Gesetz verwirklicht werden soll, sieht ein Abwicklungsmodell für die österreichischen Leistungen vor, die den hochbetagten Opfern rasch und möglichst ungeschmälert zukommen sollen.

Die Leistungen nach diesem Bundesgesetz werden von der Republik Österreich auf freiwilliger Basis erbracht und setzen sich aus Beiträgen des Bundesbudgets, der Gebietskörperschaften, der österreichischen Wirtschaft und sonstigen Beiträgen zusammen. Auf Grund der Bestimmungen der Artikel 21 und 26 des Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955, bestehen keine Rechtsansprüche.

Die Regierungsbeauftragte Dr. Maria Schaumayer hat in intensiven Verhandlungen mit allen beteiligten Partnern und zuletzt bei der Versöhnungsfondskonferenz in der Wiener Hofburg am 16. und 17. Mai 2000, die unter dem Ko-Vorsitz des amerikanischen Vizefinanzministers Stuart Eizenstat stattfand, und an der Regierungsdelegationen aus der Republik Belarus, der Polnischen Republik, der Russischen Föderation, der Tschechischen Republik, der Ukraine und der Ungarischen Republik teilnahmen, grundsätzliche Zustimmung zu den wesentlichen Punkten der geplanten österreichischen Fondslösung für diese Leistungen erhalten.

Es ist beabsichtigt, mit den Regierungen der obgenannten mittel- und osteuropäischen Staaten und den Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage des vorliegenden Versöhnungsfonds-Gesetzes Regierungsübereinkommen abzuschließen, in denen sowohl die Rechtssicherheit für die österreichische Wirtschaft gesichert wird, als auch Vorkehrungen für die Abwicklung der Leistungen des geplanten österreichischen Versöh-

nungsfonds im Wege der in den mittel- und osteuropäischen Ländern bestehenden Versöhnungstiftungen getroffen werden sollen.

Die Österreichische Bundesregierung und der Österreichische Nationalrat sind sich der Tatsache bewusst, dass die Leiden und Demütigungen der Opfer der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, zu denen vor allem auch die Häftlinge in Konzentrationslagern, die zur Arbeit gezwungen wurden (so genannte Sklavenarbeiter), und der zivilen Arbeitskräfte, die auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportiert oder hier gegen ihren Willen festgehalten und zur Arbeit gezwungen wurden (Zwangsarbeiter), gehörten, mit Geldleistungen nicht gut zu machen sind.

Österreich anerkennt mit den auf der Basis des vorliegenden Gesetzes zu erbringenden, freiwilligen Leistungen das Leiden der Opfer der Sklaven- und Zwangsarbeit, die ausgenutzt wurden, um einen Beitrag zur damaligen Wirtschaft zu leisten, der in einigen Fällen noch heute nachvollziehbar ist. Für die Opfer war der Ort ihres Einsatzes Österreich, auch wenn es damals nicht existierte.

Die Leistungen aus diesem Gesetz richten sich vorwiegend an diejenigen ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes, die auf Grund der zynischen ‚NS-Hierarchie der Nationalitäten‘ in der Zeit des NS-Regimes ein überdurchschnittlich schweres Schicksal und eine besondere Diskriminierung erlitten haben, wobei der Fonds allen Personen offen steht, deren Behandlung durch das NS-Regime den oben erwähnten unmenschlichen Behandlungen gleichkam. Eine Voraussetzung für die Leistung ist die territoriale Zuordnung zum Staatsgebiet der heutigen Republik Österreich.

Das österreichische Versöhnungsfondsgesetz wird Leistungen an Zwangsarbeiter in Industrie und Landwirtschaft erbringen und sieht dafür die Elemente der Deportation bzw. der Verweigerung der Rückkehr in das Heimatland, die schlechten Lebensbedingungen, im Falle der Zwangsarbeiter in der Industrie die haftmäßige Unterbringung oder ähnliche Freiheitsbeschränkungen, im Falle der Zwangsarbeit in der Landwirtschaft die Einschränkung der persönlichen Rechte oder die besonders strengen Disziplinarmaßnahmen als leistungsbegründend an. Diese Elemente treffen insbesondere auf die Angehörigen der früheren Sowjetunion (Ostarbeiter), Polen, Slowenen, Serben, Balten und Tschechen zu.

Darüber hinaus sollen auch Personen leistungsberechtigt sein, die dauernde schwere psychische oder physische Schäden als Resultat ihrer Sklaven- oder Zwangsarbeit davongetragen haben.

Desgleichen anerkennt Österreich auch seine Verantwortung für die Sklavenarbeiter, die auf seinem heutigen Staatsgebiet zur Arbeit gezwungen wurden und berücksichtigt dementsprechend österreichische Sklavenarbeiter und Opfer, die in KZ-ähnlichen Lagern zur Sklavenarbeit gezwun-

gen wurden und von der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ der Bundesrepublik Deutschland nicht umfasst sind. Zu diesem Personenkreis gehören insbesondere auch ungarische Juden, die in den Jahren 1944 und 1945 von Ungarn in KZ-ähnliche Lager in der Umgebung von Wien deportiert wurden und im Großraum Wien zum Arbeitseinsatz kamen, und jene, die zum Bau des ‚Südostwalls‘ auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich verbracht wurden, und in der oe. deutschen Stiftung keine Berücksichtigung finden würden.

Als besondere Opfergruppen bedenkt das Gesetz Kinder und Minderjährige, die ohne zur Arbeit gezwungen worden zu sein, mit einem oder beiden Elternteilen mitdeportiert wurden, sowie Zwangsarbeiterinnen, die Kinder in Ostarbeiterinnen-Entbindungsheimen zur Welt bringen mussten, wo Kinder oft unmittelbar danach zu Tode gebracht wurden, oder die zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden.

Die Einbeziehung der in den mittel- und osteuropäischen Staaten (§ 7 Abs. 4) bestehenden Versöhnungstiftungen dient der Effizienz und Sparsamkeit des Abwicklungsprozesses, wobei auf diese Weise auch vermieden wird, dass bereits registrierte, betagte Opfer erneut einen Antragstellungsprozess über sich ergehen lassen müssen, sofern ihre Unterlagen bereits in den Datenbanken der Stiftungen zur Verfügung stehen. Anträge aus allen anderen Ländern, wie auch Anträge nach § 2 Abs. 1 Z 3 (Härfälle) werden direkt an den Fonds zu richten sein.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat ihre Bereitschaft bekundet, an der Erreichung des Rechtsfriedens in den Vereinigten Staaten mitzuarbeiten, der eine der Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Gesetzes ist. Die österreichische Wirtschaft hat in vielfachen Erklärungen ihre Absicht bekundet, nach Erreichung des Rechtsfriedens in den Vereinigten Staaten ihren Beitrag zur Dotierung des Versöhnungsfonds zu leisten.

Besonderer Teil

Zu § 1:

Der auf die Dauer von drei Jahren eingerichtete Fonds ist in Relation zur zu erwartenden Zahl von bis zu 150 000 potentiellen Leistungsanträgen mit gesamthaft 6 Milliarden Schilling ausreichend dotiert. Ein Restvermögen wird durch Entscheidung des Kuratoriums für Leistungen im Zusammenhang mit Unrecht, das während des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geschah, verwendet werden, wobei vor allem auch Erben jener Sklaven- und Zwangsarbeiter, die vor dem Stichtag des 15. Februar 2000 verstorben sind, Berücksichtigung finden sollen.

Bei der Ausarbeitung des Gesetzes wurden neben der Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Regierungen und deren Opferverbänden und

Stiftungen sowie der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, auch die Anregungen der österreichischen Opferverbände und der Israelitischen Kultusgemeinde, jene der anwaltlichen Vertreter von Opfern und jene von beklagten Firmen berücksichtigt. Die Erfahrungen und die Anliegen einer großen Zahl ehemaliger Sklaven- und Zwangsarbeiter sind im Wege einer umfangreichen Korrespondenz der Regierungsbeauftragten ebenso in diesen Prozess eingeflossen.

§ 1 Abs. 1 legt den Zweck des Fonds, seinen Namen und seinen Sitz fest. Die Kurzform des Namens, ‚Versöhnungsfonds‘, ist der Öffentlichkeit durch die Berichterstattungen im Zusammenhang mit den Verhandlungen bereits bekannt.

Die Begriffe ‚Sklavenarbeit‘ und ‚Zwangsarbeit‘ sind in dieser Bestimmung (ebenso wie in § 5 Abs. 1, § 8 Abs. 2, § 8 Abs. 2 Z 2) nicht in der engeren Bedeutung von § 2 Abs. 1 Z 1 und Z 2 zu verstehen, sondern als sämtliche Tatbestände umfassend, auf Grund derer Leistungen nach diesem Bundesgesetz erbracht werden können.

§ 1 Abs. 2 definiert das Ziel des Fonds, wobei der Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit im Vordergrund steht und auch im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung der Europäischen Union und der europäische Integration zu sehen ist.

§ 1 Abs. 3 verleiht dem Fonds als Einrichtung der Republik eigene Rechtspersönlichkeit. Seine Tätigkeit übt der Fonds im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung aus (vgl. § 7 Abs. 2).

Zu § 2:

§ 2 regelt die Kriterien für eine Leistungserbringung.

§ 2 Abs. 1 und 2 legen die verschiedenen Kategorien von natürlichen Personen fest, die zum Empfang einer einmaligen Geldleistung auf der Grundlage des Gesetzes berechtigt sind. Mit Ausnahme der mitdeportierten Kinder (Abs. 1 Z 4) ist allen Leistungsberechtigten gemein, dass sie zur Arbeit auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich gezwungen wurden bzw. unter diskriminierenden Bedingungen arbeiten mussten (Abs. 2). Abs. 1 richtet sich an Personen, die ihren Wohnsitz nicht auf dem Gebiet des heutigen Österreich gehabt haben, Abs. 2 an Personen, die während der Zeit des Zweiten Weltkriegs ihren gewöhnlichen Wohnsitz auf dem Gebiet des heutigen Österreich hatten.

Die Kategorien der Abs. 1 und 2 stellen auf objektive Kriterien der Diskriminierung ab und begründen eine Leistung unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation. Gleiches Leid und gleich schwere Diskriminierung sollen unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit mit gleicher Leistung bedacht werden.

Der Einleitungssatz des § 2 Abs. 1 Z 1 umschreibt die drei Möglichkeiten, die das Kriterium der Deportation erfüllen, nämlich zwangsweise Deportation, Verbringung, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen (etwa über die Arbeits- oder Einkommensverhältnisse oder die Möglichkeit, jederzeit in das Heimatland zurückzukehren) und Hinderung an der Heimkehr nach freiwilliger Anreise zur Arbeit. Das Kriterium der besonders schlechten Lebensbedingungen soll eine Abgrenzung gegenüber ausländischen Zivilarbeitern ermöglichen, die den deutschen Arbeitern gleich- oder ähnlichgestellt waren.

Die unter § 2 Abs. 1 Z 1 lit. a und b genannten Bedingungen, welche für eine Leistung jeweils kumulativ mit den Bedingungen des Einleitungssatzes vorliegen müssen, stellen auf die Einsatzmöglichkeiten der Zwangsarbeiter ab, und zwar in der Wirtschaft (lit. a; vgl. § 3 Z 2) bzw. der Landwirtschaft und in der Form persönlicher Dienstleistungen (lit. b; vgl. § 3 Z 3).

In den Fällen des Zwangsarbeitereinsatzes in der Wirtschaft wurden die Betroffenen in der Regel entweder in Barackenlagern untergebracht oder zumindest in ihrer Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt (Bewachung, Ausgangskontrolle usw., aber auch durch das Tragen der obligatorischen Abzeichen ‚P‘ für Polen und ‚Ost‘ für Ostarbeiter aus der damaligen Sowjetunion).

In der Landwirtschaft waren diese Einschränkungen der Freizügigkeit zwar geringer, jedoch waren die Betroffenen in diesem Fall anderen Beschränkungen unterworfen (die zumeist auch für Industriearbeiter zutrafen), wie zB das Verbot der Fraternisierung, das Verbot der Benützung öffentlicher Einrichtungen und Verkehrsmittel, Beschränkungen der Religionsfreiheit, wobei Zwangsarbeiter bei Verstößen gegen die in den diversen Erlässen geregelten Sondernormen mit schwersten Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Einweisung in Konzentrationslager oder den Tod durch den Strang zu rechnen hatten.

§ 2 Abs. 1 Z 2 betrifft die so genannten Sklavenarbeiter, das sind Zwangsarbeiter, die Häftlinge in Konzentrationslagern oder KZ-ähnlichen Lagern waren und unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden.

Dabei werden Sklavenarbeiter, die gemäß § 11 Abs. 1 Z 1 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ der Bundesrepublik Deutschland in einem Konzentrationslager im Sinne des § 42 Abs. 2 Bundesentschädigungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland zur Arbeit gezwungen wurden, vom Leistungsbereich der deutschen Stiftung umfasst (vgl. auch § 4 Abs. 5). Dazu gehören die Konzentrationslager Mauthausen und seine Nebenlager sowie die Nebenlager des Konzentrationslagers Dachau, die sich auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich befanden.

Die Bestimmung des § 2 Abs. 1 Z 2 ist als komplementäre Bestimmung zu der oben zitierten Bestimmung des deutschen Stiftungsgesetzes zu sehen. Eine Liste der Lager, die als KZ-ähnlich anzusehen sind, ist diesen erläuternden Bemerkungen als Annex angeschlossen. In jedem Fall zählen dazu jene Lager, in denen die in den Jahren 1944 und 1945 aus Ungarn nach Österreich deportierten ungarischen Juden inhaftiert waren, die von dort aus im Großraum Wien und beim ‚Südostwallbau‘ zum Einsatz kamen.

Weiters gehören zu den KZ-ähnlichen Lagern die auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich vom nationalsozialistischen Regime eingerichteten Anhaltelager für Roma und Sinti, von denen aus Deportationen in Konzentrationslager erfolgten. Eine Einweisung in ein Arbeitserziehungslager ist im Regelfall gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 zu bewerten. Die konkreten Umstände können aber auch eine Einstufung gemäß § 2 Abs. 1 Z 2 rechtfertigen.

Die Sklavenarbeit soll als solche unabhängig davon anerkannt werden, ob der Betroffene vom Konzentrationslager aus zur Arbeit in Fabriken oder an andere Arbeitsplätze (zB Baustellen) verbracht wurde, oder ob die Arbeit im Konzentrationslager erfolgte.

§ 2 Abs. 1 Z 3 ist als Härteklauselel konzipiert. Unabhängig davon, ob die Bedingungen des Abs. 1 Z 1 lit. a und b erfüllt sind, sollen jedenfalls jene Personen – wiederum unabhängig von ihrer Nationalität – leistungsberechtigt sein, die durch Zwangsarbeit eine nachweislich schwere oder nachhaltige physische oder psychische Schädigung erlitten haben (Langzeitfolgen). Auch in diesem Punkt genügt eine Glaubhaftmachung, um eine Leistung zu begründen.

§ 2 Abs. 1 Z 4 betrifft Kinder und Minderjährige, die vor Vollendung des 12. Lebensjahres mit einem oder beiden Elternteilen, der (die) Sklaven- oder Zwangsarbeiter gemäß Z 1 bis Z 3 war(en), mitdeportiert oder während des Zwangsarbeitseinsatzes der Mutter auf dem Gebiet des heutigen Österreich geboren wurden. Wie aus Firmenarchiven hervorgeht, hatten Betriebe, die Zwangsarbeiter beschäftigten, teilweise Kinderverwahrungsorte eingerichtet. Jedenfalls erlitt diese Personengruppe bei der Deportation ein den Erwachsenen mindestens vergleichbares Trauma. Die Altersgrenze erklärt sich durch den Umstand, dass Kinder und Minderjährige unter zwölf Jahren normalerweise nicht zum Arbeitseinsatz kamen. Dies trifft jedoch nicht auf KZ-Häftlinge zu.

Sollte ein Kind oder Minderjähriger unter 12 Jahren zur Arbeit gezwungen worden sein, steht eine eigenständige Leistung nach Z 1 bis 3 zu.

§ 2 Abs. 2 regelt die Leistungen an Personen, die während des nationalsozialistischen Regimes ihren gewöhnlichen Aufenthalt auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich hatten und aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientie-

rung, auf Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung, auf Grund des Vorwurfes der so genannten Asozialität oder im Zusammenhang mit medizinischen Experimenten unter Bedingungen arbeiten mussten, die jenen des Abs. 1 Z 1 lit. a oder b gleichkamen.

Österreichische Sklavenarbeiter sind durch Abs. 1 Z 2 erfasst. Der Tatbestand des Abs. 2 erfasst heutige Österreicher und damals in Österreich wohnhafte Personen, die aus den genannten Gründen in Lagern oder unter vergleichbaren Bedingungen oder unter besonderer Diskriminierung arbeiten mussten. Eine Liste dieser Lager findet sich im Annex zu diesem Ausschussbericht. Zu ihnen zählen Lager für so genannte ‚Mischlinge‘ oder für Personen aus ‚geschützten Ehen‘, aber auch die Zwangsarbeit bei kommunalen Einrichtungen, wie Müllsammelstellen, oder bei der Bombenräumung und dergleichen.

Eine Verpflichtung zur Arbeit im Zusammenhang mit medizinischen Experimenten liegt vor, wenn zB Personen, die im Rahmen von Euthanasieprogrammen (zB am Spiegelgrund) in Anstalten eingewiesen wurden, an diesem Ort auch eine Arbeitsleistung zu erbringen hatten. Dabei sollen in diesem Falle auch Opfer berücksichtigt werden, die nur deshalb keine Arbeitsleistung zu erbringen hatten, weil dies ihr gesundheitlicher Zustand nicht zuließ.

§ 2 Abs. 3 stellt fest, dass Kriegsgefangene keine Leistungen erhalten werden. Dabei ist es unerheblich, ob Kriegsgefangene als solche bezeichnet wurden oder – wie im Falle der italienischen Militärinternierten – aus völkerrechtswidrigen Gründen nicht als solche bezeichnet wurden. Ebenso wenig ist die Entscheidung des nationalsozialistischen Regimes von Bedeutung, Kriegsgefangene nicht freizulassen, sondern ihren Status in den eines Zivilarbeiters umzuwandeln.

Zu § 3:

Die österreichischen Beträge für die einzelnen Kategorien (ausgenommen Härtefälle) sind Fixbeträge, was dem Prinzip der individuellen Leistungsberechtigung entspricht (vgl. auch die Stichtagsregelung im § 4 Abs. 2).

Die Beträge werden in österreichischen Schilling (nach dem 1. Jänner 2002 in Euro) ausbezahlt werden. Die Beträge (zB 105000 S für Sklavenarbeiter) erklären sich aus den Beträgen der deutschen Stiftung (siehe oben), die für die beiden Kategorien Sklavenarbeiter und Zwangsarbeiter in gewerblichen Unternehmen oder bei öffentlichen Einrichtungen bis zu 15000 DM bzw. bis zu 5000 DM vorsehen. Aus Gründen der Gleichbehandlung orientieren sich die Beträge des Gesetzes an den deutschen Beträgen.

Im Falle von Zwangsarbeit in der Landwirtschaft und im Bereich der persönlichen Dienstleistungen sieht die deutsche Stiftungslösung keine ausdrückliche Leistung vor (eine Leistung kann dennoch durch eine Öff-

nungsklausel durch die mit der Abwicklung betrauten Stiftungen erfolgen).

§ 3 Abs. 1 Z 1 sieht eine Leistung von 105000 S für Sklavenarbeiter vor (vgl. die Erläuterungen zu § 2 Abs. 1 Z 2).

§ 3 Abs. 1 Z 2 setzt die Leistung für Zwangsarbeiter in der Industrie, im Gewerbe, der Bauwirtschaft, Elektrizitätswirtschaft und in der sonstigen gewerblichen Wirtschaft, in öffentlichen Einrichtungen, bei der Reichsbahn und der Reichspost mit 35000 S fest. Die höhere Leistung als jene für landwirtschaftliche Zwangsarbeiter (Z 3, siehe unten) erklärt sich aus den im Regelfall härteren Arbeitsbedingungen in der Industrie bzw. im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen.

Dazu kam eine, vor allem in den letzten beiden Kriegsjahren nicht zu unterschätzende Gefährdung durch die alliierten Bombardements. Es war den Zwangsarbeitern in der Industrie nicht erlaubt, bei Bombenangriffen die Luftschutzkeller aufzusuchen. Eine beträchtliche Anzahl von Zwangsarbeitern starb bei den Bombardements der für die Alliierten strategisch wichtigen industriellen Kriegsziele.

Nach Angaben der mit diesen Fragen befassten Historiker ist davon auszugehen, dass nahezu jeder gewerbliche Betrieb und die meisten öffentlichen Einrichtungen Zwangsarbeiter einsetzten. Da bei der Leistungserbringung insbesondere das Kriterium der Deportation und des damit verbundenen Traumas eine wesentliche Rolle spielt, wurde von einer differenzierten Zuweisung nach Dauer des Zwangsarbeitereinsatzes Abstand genommen. Ebenso wird in Fällen, in denen es eine Fluktuation zwischen Industrie und Landwirtschaft gegeben hat (zB Ernteeinsatz von Industriearbeitern) der höhere Betrag der Industriekategorie geleistet werden, sodass die Leistung von 20000 S des § 3 Abs. 1 Z 3 nur an jene Personen zur Auszahlung gelangen wird, die ausschließlich in der Landwirtschaft oder ausschließlich im Bereich der persönlichen Dienstleistungen gearbeitet haben.

Daneben wird es Leistungen nach § 3 Abs. 1 Z 3 auch für Zwangsarbeit im Bereich der persönlichen Dienstleistungen (Haushalt, Hotels usw.) geben, da auch diese Arbeiten im Normalfall unter wesentlich besseren Bedingungen erfolgten als im Bereich der Industrie und der öffentlichen Dienstleistungen.

Kinder und Minderjährige unter zwölf Jahren (vgl. § 2 Abs. 1 Z 4) werden gemäß § 3 Abs. 1 Z 4 den Betrag des Elternteils, mit dem sie mitdeportiert wurden, bzw., im Falle der auf dem Gebiet des heutigen Österreich geborenen Kinder, jenen der Mutter erhalten. Im Falle der Mitdeportation mit beiden Elternteilen, denen ein unterschiedlicher Betrag zusteht, gilt der höhere Betrag.

§ 3 Abs. 1 Z 5 regelt eine zusätzliche Leistung (zusätzlich zur Leistung für die Sklaven- oder Zwangsarbeit), welche für Mütter vorgesehen ist, die

ihre Kinder während der Sklaven- oder Zwangsarbeit in speziellen Geburtenheimen (Ostarbeiterinnen-Entbindungsheime) zur Welt bringen mussten (was im Normalfall den Tod des Kindes zur Folge hatte) oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden.

§ 3 Abs. 2 gibt den Organen des Fonds eine Flexibilität bei der Bemessung von Leistungen gemäß § 2 Abs. 1 Z 3 (Härfefälle), indem für Leistungen an die Betroffenen nur die Höchstgrenzen der jeweils zutreffenden Kategorien festgelegt sind. Da die von den Partnerorganisationen (siehe unten) vertretenen Opfer bei Erfüllung der Kriterien des § 2 Abs. 1 in jedem Falle als Leistungsberechtigte angesehen werden, kommt eine Leistungszumessung nach § 2 Abs. 1 Z 3 nur beim Fonds in Betracht.

§ 3 Abs. 3 stellt eine Kollisionsnorm dar und bestimmt, dass Personen, die die Voraussetzungen nach mehreren Kategorien erfüllen, den jeweils höchsten Betrag erhalten.

Zu § 4:

§ 4 erläutert nähere Details der Leistungen.

§ 4 Abs. 1 hält fest, dass es auf Grund der Artikel 21 und 26 des Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955, keinen Rechtsanspruch auf Leistungen nach diesem Bundesgesetz geben kann.

Artikel 21 des Staatsvertrages besagt: ‚Von Österreich werden keine Reparationen verlangt, die sich aus dem Bestehen eines Kriegszustandes in Europa nach dem 1. September 1939 ergeben‘. Schon auf der Potsdamer Konferenz (siehe Verhandlungsprotokoll der Konferenz, 2. August 1945) und anlässlich der 6. Session des Rates der Außenminister in Paris (siehe Communiqué der 6. Session, 20. Juni 1949) hatten die Alliierten in einer fast gleich lautenden Bestimmung vereinbart, von Österreich keine Reparationen zu verlangen. Nach dem Verständnis des damaligen Völkerrechts umfasste der Begriff der Reparationen zum einen alle mit einem Krieg in Zusammenhang stehenden Handlungen und erstreckte sich somit auch auf Ansprüche, die aus Zwangsarbeit abgeleitet werden könnten. Er umfasste ferner auch individuelle Ansprüche aus kriegsbedingten oder mit dem Krieg in Zusammenhang stehenden Tatsachen. Daraus folgt, dass die Alliierten Mächte bereits durch die Vereinbarungen von Potsdam und Paris, die in Artikel 21 des Staatsvertrages vertraglich bestätigt wurden, auf Geltendmachung aller Entschädigungsansprüche wegen geleisteter Zwangsarbeit verzichtet haben.

Artikel 26 des Staatsvertrages regelt völkerrechtlich verbindlich und in abschließender Weise die Verpflichtung Österreichs zur Rückgabe von Vermögen, das im Gebiet der Republik seit dem 13. März 1938 Personen wegen ihrer rassischen Abstammung oder Religion unrechtmäßig entzo-

gen wurde, oder – wenn eine solche Rückgabe nicht mehr möglich ist – zur Entschädigung. Durch Notenwechsel mit den drei Westalliierten aus dem Jahre 1959 haben diese angesichts der bis dahin erlassenen Rückstellungsgesetzgebung und der in diesen Notenwechseln vorgesehenen Maßnahmen verzichtet, weitere auf diese Bestimmung gestützte Forderungen im diplomatischen Wege vorzubringen oder zu unterstützen.

§ 4 Abs. 2 wiederholt den individuellen Charakter der Leistungen, die als Geste für das persönlich erlittene Unrecht verstanden werden will, weshalb diese Leistungen weder pfändbar, noch verpfändbar sind. Die Leistungen sollen nach Erfüllung eines minimalen Beweiserfordernisses erbracht werden. Urkunden können, müssen aber nicht vorgelegt werden. Wegen des langen Zeitablaufes seit den Geschehnissen genügt eine Glaubhaftmachung, die auch auf andere Weise als durch Urkunden zB Zeugnisaussagen erfolgen kann.

Der Stichtag 15. Februar 2000, mit dem eine Vererblichkeit des Anspruches eintritt (ein langer Zeitablauf nach Beginn der Erarbeitung einer Regelung für die Leistungen soll nicht zu Lasten der Opfer gehen), wurde mit dem Tag der Bestellung der Regierungsbeauftragten Dr. Maria Schaumayer durch den Ministerrat festgesetzt. Für die Erbfolge im Falle des Ablebens eines Opfers am oder nach dem Stichtag gilt das jeweilige nationale Erbrecht des Leistungsberechtigten (testamentarisches oder gesetzliches Erbrecht).

§ 4 Abs. 3 regelt die Antragsfrist (Einlangen der Anträge bis zwei Jahre ab Inkrafttreten des Bundesgesetzes; Ausschlussfrist), die im Vergleich zu ähnlichen Regelungen (das oe. deutsche Stiftungsgesetz setzt die Antragsfrist mit acht Monaten ab Inkrafttreten des Gesetzes fest) großzügig bemessen ist. Zusätzlich kann das Kuratorium (§ 11) eine Verlängerung der Antragsfrist um höchstens ein Jahr beschließen. Anträge können bei den Partnerorganisationen (§ 7 Abs. 4) oder direkt beim Fonds eingebracht werden.

Es ist vorgesehen, dass Organisationen, die Opfer in Ländern außerhalb der Länder der Partnerorganisationen vertreten („Rest der Welt“), Sammelübermittlungen von Anträgen durchführen können. Die Leistungsbeziehung der in den Sammelanträgen enthaltenen Personen werden vom Fonds individuell geprüft und Leistungen auf Grund der Sammelanträge direkt an die Leistungsberechtigten erbracht werden.

§ 4 Abs. 4 legt fest, dass Anträge an den Fonds von allen bundesgesetzlich geregelten Abgaben befreit sind.

§ 4 Abs. 5 regelt Abgrenzungen gegenüber der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland.

Personen, die von dieser Stiftung eine Leistung auf Grund von Sklaverei gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 Z 1 des Gesetzes zur Errichtung einer Stif-

tung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ (nicht auf Grund von Vermögensansprüchen) erhalten können (vgl. erläuternde Bemerkungen zu § 2 Abs. 1 Z 2), sind von Leistungen nach diesem Bundesgesetz ausgeschlossen.

Zwangsarbeiter gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 sollen nach dem zweiten Satz des § 4 Abs. 5 je nach der überwiegenden Dauer ihres Einsatzes nur eine Leistung, und zwar entweder aus der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ oder nach diesem Bundesgesetz erhalten können, wobei eine Leistung vom Fonds nur bei einem überwiegenden Teil des Zwangsarbeiter-Einsatzes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich erbracht wird.

Den Organen des Fonds wird weiters aufgetragen, Anträge, für die nicht der Fonds, sondern die deutsche Stiftung zuständig ist, nicht zurückzuweisen, sondern zur Vermeidung eines Zeitverlustes und im Sinne einer unbürokratischen Erledigung direkt an die Abwicklungsstelle der Stiftung weiterzuleiten bzw. solche im umgekehrten Falle auch direkt von der Stiftung entgegenzunehmen.

Der letzte Satz des § 4 Abs. 5 trägt dem Fonds auf, die Abgrenzungsregelung der überwiegenden Dauer gegenüber der deutschen Stiftung auch in den Verträgen mit den Partnerorganisationen zu berücksichtigen und bei den Partnerorganisationen auf die Vermeidung von Doppelzahlungen zu achten.

Zu § 5:

§ 5 Abs. 1 verpflichtet die Leistungsempfänger zum Anspruchsverzicht auf weitere Leistungen auf Grund von Sklaven- und Zwangsarbeit gegenüber der Republik Österreich und österreichischen Unternehmen. Diese Erklärung hat der Leistungsempfänger beim Empfang der Leistung Zug um Zug zu unterfertigen. Die Erklärungen sind entweder durch die Partnerorganisationen vorzubereiten und nach Unterfertigung an den Fonds weiterzuleiten (§ 8 Abs. 2 Z 5) oder den Leistungsberechtigten vom Fonds vor Auszahlung zur Unterschrift vorzulegen.

Die Begriffe ‚Sklavenarbeit‘ und ‚Zwangsarbeit‘ sind in dieser Bestimmung wie in § 1 Abs. 1 zu verstehen.

Satz 2 und 3 des § 5 Abs. 1 trägt dem Umstand Rechnung, dass die deutsche Stiftung und der österreichische Fonds bei ihren Leistungen für Sklaven- und Zwangsarbeiter (nicht jedoch in den Fällen des § 2 Abs. 1 Z 4) gleichzeitig befreiend für Deutschland und Österreich und die Unternehmer beider Staaten leisten, weshalb auch die Verzichtserklärung den unwiderrufflichen Verzicht auf die Geltendmachung von Forderungen gegen beide Staaten und die Unternehmen beider Staaten beinhalten muss. Da die Verzichtserklärung im Falle der deutschen Stiftung auch Vermögensschäden umfasst, wird mit der deutschen Stiftung, die ebenfalls eine Verzichtserklä-

zung für beide Staaten und Unternehmen beider Staaten vorsieht, eine Zweiteilung der von der deutschen Stiftung von Leistungsempfängern verlangten Erklärung zwischen Leistungen für Vermögensschäden und Leistungen für Sklaven- und Zwangsarbeit zu vereinbaren sein.

§ 5 Abs. 2 definiert den im vorhergehenden Absatz verwendeten Begriff des österreichischen Unternehmens. Die Definition entspricht spiegelbildlich der deutschen Regelung im § 12 Abs. 2 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘.

Zu § 6:

Der Fonds verfügt über einen Gesamtbetrag von 6 Milliarden Schilling (Abs. 1), welcher aus vier potentiellen Quellen gespeist wird:

- Z 1: Vom Bund nach Maßgabe des jeweils geltenden Bundesfinanzgesetzes,
- Z 2: von anderen Gebietskörperschaften,
- Z 3: aus allen Bereichen der Wirtschaft und
- Z 4: durch sonstige Zuwendungen.

Eine Aufteilung des Gesamtbudgets auf die Beitragenden ist nicht im Gesetz vorgesehen, jedoch tritt das Gesetz erst in Kraft, wenn die erwähnten Mittel in vollem Umfang zur Verfügung stehen (§ 17), dh. dem Fonds rechtsverbindlich zugesagt sind.

Eine Nachschusspflicht für den Fonds über seinen Gesamtbetrag hinaus besteht nicht (Abs. 2). Fondsbeiträge sind von allen Steuern und Abgaben befreit (Abs. 3).

Zu § 7:

Die Abwicklung der Leistung kann grundsätzlich auf zwei Arten erfolgen. Einerseits wird die Abwicklung im Wege über die in Abs. 4 genannten Partnerorganisationen erfolgen, das sind die zwischen Deutschland und Polen, Russland, Weißrussland und der Ukraine 1991 bzw. 1993 ins Leben gerufenen Versöhnungstiftungen sowie die seitens der Regierung der Tschechischen Republik jüngst gegründete tschechische Stiftung und die Stiftung ‚Jüdisches Erbe in Ungarn‘. Für die Details der Abwicklung, wie Steuer- und Abgabefreiheit, Kontrolle usw. wird in bilateralen Abkommen mit den jeweiligen Staaten vorgesorgt werden (vgl. § 8 Abs. 2).

Andererseits können die Leistungswerber ihre Anträge auch direkt beim Fonds stellen (§ 7 Abs. 1). Dies trifft sowohl für Antragsteller aus den Ländern der Partnerorganisationen zu, sofern sie nicht von den Partnerorganisationen erfasst sind (dh. nicht in den Datenbanken der Partnerorganisationen enthalten sind), als auch für jene Personen, die ihren Antrag aus anderen Ländern als jenen der Partnerorganisationen stellen. Eine Ver-

meidung der Doppelleistung wird durch die zwischen dem Fonds und den Stiftungen abzuschließenden Verträge (§ 8 Abs. 2) sicherzustellen sein.

Im Fall von Anträgen an den Fonds erfolgt die Leistung, wie auch im Falle der Vorlage von Sammelanträgen an den Fonds, direkt an den Antragsteller.

§ 7 Abs. 2 stellt fest, dass der Fonds die Leistungen im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung erbringt und es sich um keine hoheitsrechtliche Aufgabe handelt.

§ 7 Abs. 3 regelt die Steuerfreiheit von Leistungen des Fonds und der Partnerorganisationen.

Bei den Partnerorganisationen des § 7 Abs. 4 handelt es sich durchwegs um Regierungsstiftungen, die durch die bilateralen Abkommen mit den Regierungen der jeweiligen Länder als Abwicklungsorganisationen festgelegt werden und für ihre Tätigkeit einen Ersatz der Verwaltungskosten erhalten (vgl. § 8 Abs. 1).

Die weltweite Bekanntmachung der Leistungen nach diesem Bundesgesetz (§ 7 Abs. 5) soll im Hinblick auf den betroffenen Personenkreis nicht primär durch Zeitungsinserate, sondern durch Interviews der Fondsorgane mit internationalen Print- und elektronischen Medien, im Wege des Netzes der österreichischen Vertretungsbehörden bzw. österreichischer Dienststellen im Ausland und durch die Partnerorganisationen erfolgen, deren Aufwand im Rahmen der Verwaltungskosten (vgl. § 8 Abs. 1) ersetzt wird.

Die Richtlinien des Fonds (§ 7 Abs. 6) werden vom Kuratorium erlassen (§ 11 Abs. 1 Z 2) und sollen den Fondsorganen Leitlinien für die Leistungsentscheidungen, insbesondere in den im § 3 Abs. 2 genannten Härtefällen, geben.

Zu § 8:

§ 8 regelt die Kooperation mit den Partnerorganisationen.

Der tatsächliche Bedarf der an die Partnerorganisationen zuzuweisenden Mittel ergibt sich aus dem Ergebnis der stichprobenartigen Prüfung der von den Partnerorganisationen vorgelegten Listen (§ 8 Abs. 1). Dabei wird in den Verträgen zwischen dem Fonds und den Partnerorganisationen (§ 8 Abs. 2) festzulegen sein, in welchen Tranchen die Listen (etwa Listen zu 1000 oder 1500 Personen) den Fondsorganen vorgelegt werden.

Die kürzest mögliche Frist für die Zuweisung der Mittel ergibt sich aus der Notwendigkeit der Durchführung einer seriösen, stichprobenartigen Kontrolle, die in den Stichprobenfällen jedenfalls eine Überprüfung der in Österreich zur Verfügung stehenden Akten (Firmenarchive, Meldebehörden, Sozialversicherungsakten usw.) und im jeweiligen Herkunftsland zumindest eine Überprüfung des Überlebens des Antragstellers im Wege der

lokalen Behörden bzw. durch die österreichischen Vertretungsbehörden umfassen soll.

Im Falle ungeklärter Ansprüche bei der stichprobenartigen Kontrolle ist vor der Übernahme einer weiteren Liste jedenfalls eine Klärung aller Problemfälle herbeizuführen. Die Listen sollen den Vor- und Nachnamen, Geburtsdatum und Geburtsort, die Nationalität zum Zeitpunkt der Deportation, den Ort der Deportation und Zeitraum, Ort und Arbeitgeber der Zwangsarbeit beinhalten.

Die Wohnsitzregelung nach den jeweiligen bilateralen Abkommen bezieht sich auf die Tatsache, dass einige Stiftungen auch über Unterlagen von Personen in ihren Datenbanken verfügen, die am 15. Februar 2000 ihren Wohnsitz in anderen als den Ländern der Partnerorganisationen hatten. Dies rührt von dem Umstand her, dass die im Jahre 1993 in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion eingerichteten Stiftungen die Verteilung von deutschen Leistungen auch in den baltischen Staaten und in Moldau übernahmen und daher auch möglicherweise nach diesem Bundesgesetz anspruchsberechtigte Opfer in den Datenbanken der Stiftungen datenmäßig erfasst sind.

Als Verwaltungskostenersatz, der alle mit den Leistungen nach diesem Bundesgesetz zusammenhängenden Personal- und Sachkosten einschließlich der für die Bekanntmachung nach § 7 Abs. 5 erforderlichen Kosten abdecken soll, können die den Stiftungen vom Schweizerischen Kriegsopfersfonds zur Verfügung gestellten 5,5% der Gesamtsumme als Obergrenze angesehen werden. Die Überweisung der Verwaltungskosten soll anteilmäßig mit der Approbierung der jeweiligen Listen erfolgen.

Die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck, die von der Partnerorganisation gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit in den betreffenden Staaten entsprechend betont werden sollen, kann zB mittels Kundmachung in den Medien und in Begleitbriefen zu den Zahlungsanweisungen (die mit der zu unterfertigten Erklärung gemäß § 5 Abs. 1 übermittelt werden sollten) bekannt gegeben werden. Des weiteren ist in den Partnerorganisationen auch eine organisatorische Eigenständigkeit der die österreichischen Leistungen betreffenden Datei- und Verwaltungsabläufe sicherzustellen.

§ 8 Abs. 2 regelt den Verzicht der Regierungen der im § 12 Abs. 1 Z 8 genannten Staaten auf die Geltendmachung des diplomatischen Schutzrechtes im Zusammenhang mit Sklaven- und Zwangsarbeit. Dieser Verzicht, der die Verzichtserklärung von Leistungsempfängern gemäß § 5 Abs. 1 ergänzt, ist in den jeweiligen bilateralen Abkommen vorzusehen. Er soll dem Anliegen der österreichischen Wirtschaft Rechnung tragen, umfassenden und dauerhaften Rechtsfrieden innerhalb und außerhalb Österreichs zu erlangen. Damit wird auch der abschließende Charakter der österreichischen Leistungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozia-

listischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich dokumentiert.

Die Begriffe ‚Sklavenarbeit‘ und ‚Zwangsarbeit‘ sind in § 8 Abs. 2 und § 8 Abs. 2 Z 2 wie in § 1 Abs. 1 zu verstehen.

Die Details der Leistungserbringung werden in den bilateralen Abkommen mit den im § 7 genannten Staaten und in Verträgen zwischen dem Fonds und den Partnerorganisationen festgelegt (vgl. auch § 7 Abs. 6).

§ 8 Abs. 2 Z 1 bis 5 regelt den Mindestinhalt der bilateralen Abkommen.

Z 1 entspricht der Regelung im § 8 Abs. 2.

Z 2 nimmt auf das hohe Alter der Antragsteller Rücksicht und soll verhindern, dass in den Datenbanken der Partnerorganisationen vollständig dokumentierte Personen, die im Zuge früherer Leistungen registriert wurden, erneut Anträge einbringen müssen.

Z 3 soll die Kontrollmöglichkeit der Tätigkeit der Partnerorganisationen durch Vertreter des Fonds eröffnen.

Z 4 stellt sicher, dass Leistungen auf Grund dieses Bundesgesetzes von Ländern mit Partnerorganisationen nicht zum Anlass genommen werden können, andere, den Leistungsempfängern in irgendeinem Bereich zustehende Einkünfte zu mindern.

Z 5 verpflichtet die Partnerorganisationen zur Leistungsauszahlung gegen Erklärung nach § 5 Abs. 1 und zur Vorlage der Erklärung an den Fonds. Die Modalitäten der Übermittlung der Erklärung sind in den Verträgen zwischen Fonds und Partnerorganisationen (§ 8 Abs. 2) zu regeln.

Abs. 3 legt fest, dass es sowohl bei den Partnerorganisationen, als auch beim Fonds eine internationale Wirtschaftsprüfung geben muss, deren Kosten vom Fonds zu tragen sind. Die Auswahl der Wirtschaftsprüfung bei den Partnerorganisationen erfolgt im Einvernehmen zwischen der jeweiligen Partnerorganisation und dem Fonds. Die Mitsprache der Partnerorganisationen bei der Auswahl der Wirtschaftsprüfung durch den Fonds ist durch die Vertretung der Länder mit Partnerorganisationen im Kuratorium gesichert.

Zu § 9:

Die Abs. 1 und 2 behandeln Datenschutzfragen, die sich bei der Tätigkeit des Fonds und der Partnerorganisationen stellen.

Abs. 1 betrifft das Recht von Fonds und Partnerorganisationen Auskünfte im eigenen und im jeweils anderen Staat einzuholen, sofern sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Interessensabwägung bei der Auskunft über personenbezogene Daten hat zu erfolgen.

Die Auskunftspflicht umfasst auch Auskünfte nach dem Bundesarchivgesetz in seiner Fassung vom 17. August 1999 (BGBl. I Nr. 162/1999). Die österreichischen Unternehmen werden gebeten, ihre Archive für Nachweise hinsichtlich der geleisteten Sklaven- und Zwangsarbeit zu öffnen.

Abs. 2 verbietet die Verwendung der Daten für andere als die Zwecke dieses Bundesgesetzes. Eine Weitergabe der Daten kann nur mit Zustimmung des Berechtigten erfolgen.

Zu §§ 10 bis 14:

Die Organe des Fonds werden im § 10 Abs. 1 abschließend aufgezählt. Der Fonds wird gemäß § 10 Abs. 2 nach außen nur vom Vorsitzenden des Kuratoriums vertreten.

Die Aufgaben des Kuratoriums sind im § 11 Abs. 1 demonstrativ aufgezählt. Das Kuratorium hat diese Aufgaben jedenfalls wahrzunehmen. Im Falle von Entscheidungen über Härtefälle gemäß § 3 Abs. 2, die vom Kuratorium oder gemäß Z 5 auch vom Komitee entschieden werden können, ist eine Feststellung sowohl hinsichtlich der Art als auch hinsichtlich der Höhe der Leistung zu treffen.

§ 12 regelt die Zusammensetzung des Kuratoriums, welches im Hinblick auf den Kreis der betroffenen Opfer eine breite internationale Mitgliedschaft aufweist. Von den 23 Mitgliedern sind neben dem Vorsitzenden elf Mitglieder der öffentlichen Hand und Wirtschaftsseite zuzurechnen, elf Mitglieder vertreten Opferinteressen. Der Vorsitzende verfügt über das Dirimierungsrecht. Der § 12 ist eine Verfassungsbestimmung, weil das Kuratorium ein Organ darstellt, welches sich sowohl aus Vertretern der Verwaltung als auch aus Vertretern der Gesetzgebung zusammensetzt.

Den gemäß § 12 Abs. 1 Z 8 entsendungsberechtigten Staaten steht es frei, Opfervertreter oder Vertreter der Partnerorganisationen in das Kuratorium zu entsenden. Die internationalen Vertreter sind vollberechtigte Mitglieder des Kuratoriums.

§ 12 Abs. 3 ermöglicht die Beiziehung von Opfervertretern, Historikern oder anderen Experten für einzelne Tagesordnungspunkte, nicht jedoch für die Dauer der gesamten Sitzung des Kuratoriums.

§ 12 Abs. 4 stellt fest, dass die Mitgliedschaft im Kuratorium ehrenamtlich ist. Notwendige Auslagen werden vom Fonds ersetzt.

Das Komitee (§ 13) ist als Entscheidungsorgan für jene Angelegenheiten des Fonds gedacht, die ihm vom Kuratorium aus Gründen der Arbeitsvereinfachung und der Verwaltungsökonomie übertragen werden. Es muss in Intervallen zusammentreten, die es erlauben, die unter den Bedingungen des § 8 Abs. 1 geforderte Mittelzuweisung in kürzest möglicher Frist an die Partnerorganisationen zu bewerkstelligen.

Der Generalsekretär des Versöhnungsfonds ist gemäß § 14 das Exekutivorgan des Fonds.

Zu § 15:

Abs. 1 lässt eine Verwendung der Erträge des Fondsvermögens und sonstige Einnahmen nur im Sinne des Fondszwecks (§ 1) zu. Vom Fondszweck umfasst sind auch die Personal- und Sachkosten.

Der Versöhnungsfonds wird laut Abs. 2 nach drei Jahren aufgelöst, sein etwaiges Restvermögen durch Entscheidung des Kuratoriums für Leistungen im Zusammenhang mit Unrecht, das während des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geschah, verwendet, wobei vor allem auch Erben jener Sklaven- und Zwangsarbeiter, die vor dem Stichtag des 15. Februar 2000 verstorben sind, Berücksichtigung finden sollen.

Zu § 16:

Enthält die Feststellung, dass in diesem Bundesgesetz vorkommende Ausdrücke geschlechtsneutral zu interpretieren sind.

Zu § 17:

Die Inkrafttretensklausel dieses Bundesgesetzes enthält eine doppelte Konditionalität: die in § 6 erwähnten Mittel müssen in vollem Umfang zur Verfügung stehen, dh. dem Fonds verbindlich zugesagt sein, und die Abkommen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern und den Vereinigten Staaten (§ 8 Abs. 2; mit denen der Rechtsfriede in diesen Ländern gewährleistet wird) müssen unterzeichnet sein.

Anlage

Liste der Lager, deren Inhaftierte als Leistungsberechtigte des Versöhnungsfondsgesetzes in Frage kommen

I. Konzentrationslager oder einem solchen Lager gleichzuhaltende Haftstätten:

- Häftlinge der Konzentrationslager Mauthausen und Nebenlager sowie die auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich gelegenen Nebenlager des Konzentrationslagers Dachau sind von der deutschen Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung, Zukunft‘ umfasst
- Lager für ungarische Juden in Wien, Niederösterreich, Burgenland und Steiermark (Strasshof, Laxenburg und ähnliche)
- Lager für ungarische Juden beim Südostwallbau
- Anhaltelager für Roma und Sinti (Lackenbach, Maxglan und ähnliche)

2. Lager für Zwangsarbeiter (Polen, Ostarbeiter ua.):

- Lager für Industrie-Zwangsarbeiter (bei den verschiedenen Industrie- und Gewerbeunternehmen)
- Arbeitserziehungslager (Innsbruck-Reichenau, Oberlanzendorf und ähnliche):

Eine Einweisung in ein Arbeitserziehungslager ist im Regelfall als Zwangsarbeit nach § 2 Abs. 1 Z 1 zu bewerten. Die konkreten Umstände können aber auch eine Einstufung gemäß § 2 Abs. 1 Z 2 (KZ oder KZ-ähnlich) rechtfertigen.

3. Lager für Zwangsarbeiter auf Grund politischer Gründe, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, auf Grund körperlicher und geistiger Behinderung, auf Grund des Vorwurfes der Asozialität oder im Zusammenhang mit medizinischen Experimenten:

- Lager für Industrie-Zwangsarbeiter (bei den verschiedenen Industrie- und Gewerbeunternehmen)
- Arbeitserziehungslager (Innsbruck-Reichenau, Oberlanzendorf und ähnliche):

Eine Einweisung in ein Arbeitserziehungslager ist im Regelfall als Zwangsarbeit nach § 2 Abs. 1 Z 1 zu bewerten. Die konkreten Umstände können aber auch eine Einstufung gemäß § 2 Abs. 1 Z 2 (KZ oder KZ-ähnlich) rechtfertigen.

- Arbeitslager für österreichische, staatenlose oder ausländische Juden, die sich nach 1938 und vor 1943 auf österreichischem Gebiet befanden, ‚Mischlinge‘, Personen aus geschützten Ehen usw. (Doppl, Eisenerz, Marchegg, Mitterweißenbach und ähnliche)
- Einsatz im kommunalen Bereich (Müllsammelstellen, Bombenräumung und Ähnliches)
- Justizhäftlinge: Nachweis des politischen Deliktes wird im Einzelfall zu prüfen sein
- allfällige Arbeitseinsätze im Zusammenhang mit der zwangsweisen Einweisung in Kliniken (Euthanasiefälle) (Spiegelgrund und ähnliche)“

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verfassungsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2000 06 30

Mag. Dr. Maria Theresia Fekter

Berichterstatlerin

Dr. Peter Kostelka

Obmann

Englische Übersetzung:

**Committee Report
concerning petition 180/A of Representatives Cap, Khol, Westenthaler,
Stoisits, and colleagues on the subject of a federal law for the Fund
for Voluntary Payments by the Republic of Austria to Former Slave
Laborers and Forced Laborers of the National Socialist Regime
(Reconciliation Fund Law).**

General Commentary

In its unbelievably inhuman ways, the National Socialist regime caused infinitely great suffering to millions of people. Austria, which was occupied on March 13, 1938, by Hitler Germany, did not exist as a state during the war years. It must not be denied, however, that Austrians were also involved in the biggest crimes of the National Socialist regime Holocaust, but also slave labor and forced labor were expressions of a horrible disrespect for human rights and involved deportation of people of all age groups, deprivation of their rights, enslavement, mistreatment, abuse of their human dignity, and, in many cases, extermination through work. Many of those affected could never in their later lives free themselves from the trauma of deportation.

On July 8, 1991, before the National Council, Federal Chancellor Dr. Vranitzky emphasized the shared responsibility of Austria in that he expressed acknowledgement "of all the facts of our history and the deeds of all parts of our population, the good as well as the bad."

Federal President Klestil referred to the shared moral responsibility of Austria in his speech in Jerusalem on November 15, 1994: "Today, we Austrians recognize that an acknowledgement of the full truth was long overdue. We know full well that all too often we have spoken of Austria as the first state to have lost its freedom and independence to National Socialism and far too seldom of the fact that many of the worst henchmen in the Nazi dictatorship were Austrians. And no word of apology can ever expunge the agony of the Holocaust. In the name of the Republic of Austria, I bow my head before the victims of that time."

On the occasion of the 50th anniversary of the restoration of the Republic of Austria, the National Fund of the Republic of Austria for Victims of National Socialism was created in order to call to mind the incalculable pain that National Socialism inflicted on millions of persons and to reflect on the fact that Austrians also shared in these crimes. This Fund provides payments to Austrian victims of National Socialism as a gesture of recognition of the injustice suffered.

After the creation of National Fund of the Republic of Austria for Victims of National Socialism in 1995, the Austrian Federal Government under

Chancellor Dr. Klima and Vice-Chancellor Dr. Schüssel took a further step toward coming to terms with the Austrian past through the establishment of the Historians' Commission of the Republic of Austria in 1998.

In his inaugural government declaration of February 9, 2000, Federal Chancellor Dr. Wolfgang Schüssel emphasized: "If we are to speak about the future of young people, then we must give them something significant to take along with them, knowledge about the history of this country. Austria's Nazi past requires a particularly alert and critical discussion and a necessary sensitivity to the structures and mechanisms of the National Socialist criminal system. We must pass on to the next generations this knowledge and sensitivity as a caution for the future. Certain important steps have already been taken in recent years.

In the light of the interim report of the Austrian Historians' Commission and taking into account the responsibilities of the business enterprises involved, the Federal Government now has to quickly compensate former forced laborers of the Nazi regime. The new Federal Government is going to insist that former NS forced laborers receive their due as soon as possible."

On February 15, 2000, the Austrian Federal Government under Chancellor Dr. Schüssel and Vice Chancellor Dr. Riess-Passer made a cabinet decision to appoint the former President of the Austrian National Bank, Dr. Maria Schaumayer, as Special Representative for the conduct of negotiations about Austrian payments to former slave and forced laborers of the National Socialist regime on the territory of the present day Republic of Austria. The goal of the negotiations was to make voluntary payments through an independent Austrian Fund that would on the one hand satisfy a moral obligation of Austria toward the victims of what is called slave labor and forced labor that was carried out on the territory of the present day Republic of Austria and on the other hand to assure legal peace for Austrian business on the markets of Central and Eastern Europe and the United States. This proposed solution, which the law at hand is intended to achieve, foresees a plan for Austrian payments that would reach the very elderly victims quickly and possibly without any reductions.

The payments provided by this law are funded by the Republic of Austria on a voluntary basis and consist of contributions from the federal budget, regional bodies, Austrian business enterprises, and others. In keeping with the provisions of Articles 21 and 26 of the State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria, Federal Law Code No. 152/1955, it confers no legal rights.

By means of intensive negotiations with all of the partners involved and finally at the Reconciliation Fund Conference at the Vienna Hofburg on May 16 and 17, 2000, which took place under the co-chairmanship of the

American Deputy Secretary of the Treasury Stuart Eizenstat and in which government delegations from the Republic of Belarus, the Polish Republic, the Russian Federation, the Czech Republic, Ukraine, and the Hungarian Republic took part, Special Representative Dr. Maria Schaumayer received agreement in principle with the essential points of the planned Austrian Fund for these payments.

Formal agreements with the governments of the above-named Central and East European states and with the United States of America on the basis of this Reconciliation Fund Law shall be concluded, in which legal protection is assured to Austrian business, and in which steps will be taken for payments by the planned Austrian Reconciliation Fund to the existing reconciliation foundations in the Central and East European states.

The Austrian Federal Government and the Austrian National Council are conscious of the fact that the suffering and degradation of the victims of the crimes of the National Socialist regime, which include above all the prisoners in concentration camps who were coerced to work (so-called slave laborers) and the civilian workers who were deported onto the territory of the present day Republic of Austria or who were detained here against their will and forced to work (forced laborers), cannot be made up for with money.

Through the voluntary payments to be made under this law, Austria acknowledges the suffering of the victims of slave labor and forced labor who were exploited to contribute to the economy of that time, the effects of this contribution still being felt today in some cases. For the victims, the place where this happened was Austria, even though it did not exist at the time.

Payments under this law are intended above all for those former slave and forced laborers of the National Socialist regime who because of the cynical "Nazi Hierarchy of Nationalities" at the time of the Nazi regime suffered a more severe fate than average and who were subject to particular discrimination, while at the same time the Fund is receptive to all persons whose treatment at the hands of the Nazi regime was equivalent to the inhuman treatment mentioned above. A pre-condition for payments is the geographic connection to the national territory of the present day Republic of Austria.

The Austrian Reconciliation Fund will make payments to forced laborers in industry and agriculture and considers factors such as deportation or refusal to allow return to one's homeland, bad living conditions (in the case of forced laborers in industry, prison-like housing and similar abridgements of freedom; in the case of forced labor in agriculture, the abridgement of personal rights or particularly severe disciplinary measures) as justification. These factors apply in particular to citizens of the former Soviet Union (Eastern workers), Poles, Slovenians, Serbians, Balts, and Czechs.

In addition, persons who suffer chronic and severe psychological or physical damage from slave labor or forced labor should also be entitled to payments.

Likewise, Austria acknowledges its responsibility for slave laborers who were forced to work on its present day territory and in the same manner takes account of those Austrian slave laborers and victims who were forced to do slave labor in places similar to concentration camps and who are not covered by the “Remembrance, Responsibility, and Future” Foundation of the Federal Republic of Germany. Included among these are, in particular, Hungarian Jews who were deported in the years 1944 and 1945 from Hungary into places similar to concentration camps on the outskirts of Vienna and were used for work in metropolitan Vienna and those who were brought in for the construction of the “Southeast Rampart” on the territory of present day Austria and who would not be covered by the German Foundation mentioned above.

The law considers as a special victim group those children and minors who without being forced to work were deported with one or both parents, as well as female forced laborers who had to give birth to children in maternity homes for Eastern workers, where children were often killed right after birth, and those who were forced to undergo abortions.

The inclusion of the reconciliation foundations existing in the Central and East European states (Section 7, Paragraph 4) serves the purpose of efficiency and economy in the application process, whereby it also avoids the situation where elderly victims who are already registered would have to go through a new application process, as long as their documents are already available in the databases of the foundations.

Applications from all other countries as well as applications under Section 2, Paragraph 1, Number 3 (hardship cases) will have to be sent directly to the Fund.

The Government of the United States of America has declared its readiness to work together to achieve legal peace in the United States, which is one of the pre-conditions for this law coming into force. In numerous statements, Austrian industry has stated its intention to make its contribution to the capital of the Reconciliation Fund after the achievement of legal peace in the United States.

Commentary on Specifics

On Section 1:

Created for a period of three years, the Fund is adequately financed with a total capital of 6 billion Austrian shillings for as many as 150,000 potential claims applications that can be expected. Any remaining capital will be expended through a decision by the Board of Trustees on payments related

to wrongs that took place during the National Socialist regime on the territory of the present day Republic of Austria, whereby the heirs of those slave and forced laborers who died before the deadline of February 15, 2000, are to be given special consideration.

In drafting this law, suggestions were taken into consideration from the Central and East European governments and their victim associations and foundations, as well as the government of the United States of America, and also from Austrian victim associations, the Jewish Community, plaintiffs' attorneys and lawyers of the businesses against which lawsuits have been filed. In the course of an extensive correspondence by the Special Representative, the experiences and interests of a great number of former slave and forced laborers have likewise gone into this process.

Section 1, Paragraph 1 establishes the purpose of the Fund, its name and location. The short form of the name, "Reconciliation Fund," is already known to the public through news reports having to do with the negotiations.

The expressions "slave labor" and forced labor" in this provision (as well as in Section 5, Paragraph 1, in Section 8, Paragraph 2, and in Section 8, Paragraph 2, Number 2 are not to be taken in the narrower meaning of Section 2, Paragraph 1, Numbers 1 and 2, but rather as including all of the facts on which a payment could be made under this law.

Section 1, Paragraph 2 defines the purpose of the Fund, in which the contribution to reconciliation, peace, and cooperation is foremost and is also to be seen in relation to the planned enlargement of the European Union and to European integration.

Section 1, Paragraph 3 grants to the Fund the status of a legal person as an organ of the Republic. The Fund is to carry out its responsibilities according to the administrative practices of a private organization (See Section 7, Paragraph 2.).

On Section 2:

Section 2 establishes the criteria for granting a payment.

Section 2, Paragraphs 1 and 2 establish the various categories of natural persons who are entitled to receive one-time monetary payments according to this law. With the exception of children deported with their parents (Paragraph 1, Number 4), it is a pre-condition for all entitled persons that they were forced to work on the territory of the present day Republic of Austria, or had to work under conditions of discrimination (Paragraph 2). Paragraph 1 is directed at persons whose residence was not on the territory of present day Austria, paragraph 2 at persons who during the time of the Second World War had their normal place of residence on the territory of present day Austria.

The categories of Paragraphs 1 and 2 define objective criteria for discrimination and base payment without regard to membership in a particular national group. The same suffering and the same severe discrimination are to result in the same payment without regard to national identity.

The introductory sentence of Section 2, Paragraph 1, Number 1 describes the three possibilities that would fulfill the criterion of deportation, namely forced deportation, transportation or removal through the presentation of false information (for example, about work or income conditions or the possibility of returning to one's homeland at any time), and the prevention of someone from returning home after coming on his own for the purpose of work. The criterion of particularly bad living conditions is intended to establish a clear distinction from those foreign civilian workers who were in situations the same as or similar to those of German workers.

The provisions under Section 2, Paragraph 1, Number 1, small a and b, which together with the provisions of the introductory sentence are necessary for a payment, are based on where the forced laborer was employed, that is, in industry (small a; See Section 3, Number 2) or in agriculture or in some form of personal service (small b; See Section 3, Number 3).

In cases of forced laborers being used in industry, those people were usually housed in barracks or were at least sharply restricted in their freedom of movement (guards, exit controls, etc.; but also through the wearing of the obligatory symbol "P" for Pole and "East" for Eastern workers from the former Soviet Union).

These restrictions on freedom of movement were indeed milder in agriculture, but in this case people were subjected to other restrictions (which for the most part also applied to industrial workers), such as, for example, the ban on fraternization, the ban on the use of public institutions and public transportation, and limitations of religious freedom; forced laborers who violated these special requirements made in various pronouncements had to reckon with the harshest disciplinary measures, including being sent to a concentration camp and death by hanging.

Section 2, Paragraph 1, Number 2 refers to what are called slave laborers, that is, forced laborers who were prisoners in concentration camps or camps similar to concentration camps and were forced to work under inhuman conditions.

In that connection, slave laborers who were forced to work (as defined by Section 11, Paragraph 1, Number 1 of the Law for the Establishment of a Foundation "Remembrance, Responsibility, and Future" of the Federal Republic of Germany) in a concentration camp (as defined by Section 42, Paragraph 2 of the Federal Compensation Law of the Federal Republic of

Germany) are covered in the payment eligibility group of the German foundation (See also Section 4, Paragraph 5.). This includes the Mauthausen concentration camp and its annexes, as well as the annexes of the Dachau concentration camp, which were on the territory of the present day Republic of Austria.

The provision in Section 2, Paragraph 1, Number 2 is to be seen as complementary to the provision in the German foundation law mentioned above. A list of the camps that are to be considered as similar to concentration camps is given as an annex to these explanatory remarks. In any case, they include the camps in which Jews deported from Hungary to Austria in the years 1944 and 1945 were confined and from which they were taken for work in metropolitan Vienna and on the "Southeast Rampart Construction."

Also to be considered as camps similar to concentration camps are the transit camps for Roma and Sinti peoples organized by the National Socialist regime on the territory of the present day Republic of Austria from which deportation to concentration camps ensued. *Confinement in a Work Training Camp* is normally to be evaluated according to Section 2, Paragraph 1, Number 1. The concrete circumstances, however, could also justify a categorization according to Section 2, Paragraph 1, Number 2.

A situation of slave labor should be acknowledged without regard to whether the person was transported from the concentration camp to work in factories or at other work places (for example, construction sites) or whether the work took place in the concentration camp itself.

Section 2, Paragraph 1, Number 3 is conceived as a hardship clause. Without regard to whether the provisions of Paragraph 1, Number 1, small a and b have been fulfilled, those persons – again regardless of nationality – who have suffered demonstrably severe or chronic physical or psychological damage as a result of forced labor (long term consequences) are to be eligible. Also, in such an instance presentation of a credible case is all that is needed to receive a payment.

Section 2, Paragraph 1, Number 4 refers to children and minors who before reaching the age of 12 were deported with one or both parents who were slave laborers or forced laborers as defined in Numbers 1 to 3 or who were born while their mothers were used as forced laborers on the territory of present day Austria. As indicated in corporate archives, companies that employed forced laborers had to some extent set up child care centers. In any case, this group of persons suffered at least as much trauma in their deportation as did the adults. The age limit is explained by the fact that children and minors under age twelve were normally not put to work. This does not apply, however, to concentration camp prisoners. In cases where a child or minor under the age of 12 was forced to work, he or she is entitled to his or her own payment according to Numbers 1 to 3.

Section 2, Paragraph 2 governs payments to persons who during the National Socialist regime had their normal place of residence on the territory of the present day Republic of Austria and who for political reasons, because of ancestry, religion, nationality, sexual orientation, because of a physical or mental handicap, because of an accusation of asocial character or in conjunction with medical experiments were required to work under conditions equivalent to those described in Paragraph 1, Number 1, small a or b.

Austrian slave laborers are covered in Paragraph 1, Number 2. Paragraph 2 covers people who are now Austrian and people living in Austria at that time who for the reasons or grounds mentioned in the preceding paragraph had to work in camps or under equivalent conditions or under particular discrimination. A list of these camps can be found in the annex to this committee report. Included among them are camps for so-called “mongrels” or for persons from “protected marriages,” but also for forced labor in municipal enterprises such as trash dumps or for forced labor in bomb clearing or such. Obligatory work in conjunction with medical experiments is clear when, for example, people who were sent into institutions connected with euthanasia programs (for example, at Spiegelgrund) also were required to work in that place. This category should also include victims who were not required to work only because their health made it impossible. [Translator’s note: Spiegelgrund, literally “mirror ground” or “place of mirrors,” was a so-called child-care institution during the Nazi period known for mistreatment of and medical experiments on children confined there.]

Section 2, Paragraph 3 makes it clear that prisoners of war are not entitled to any payment. It is immaterial in that regard whether prisoners of war were identified as such or, for reasons contrary to international law, – as was the case with the Italian military internees – were not identified as such. Equally immaterial is the decision of the National Socialist regime not to set prisoners of war free, but to change their status into that of civilian workers.

On Section 3:

The Austrian contributions to the individual categories (with the exception of hardship cases) are fixed amounts, as reflects the principle of individual entitlement (See also the deadline provision in Section 4, Paragraph 2.). The money will be paid in Austrian schillings (in Euros after January 1, 2002). The amounts (for example, 105,000 Austrian schillings for slave laborers) are based on the amounts of the German foundation (see above), which provides up to 15,000 German marks and up to 5000 German marks respectively for the two categories of slave and of forced laborers in business enterprises or in public institutions. For reasons of equal treatment, the payments under this law are based on the German ones.

In the case of forced labor in agriculture and in the area of personal services, the German foundation program does not provide for any specific payment (Under a catch-all clause, however, a payment can still be made by the partner organizations entrusted with implementation.).

Paragraph 3, Paragraph 1, Number 1 provides a payment of 105,000 Austrian schillings for slave laborers (See the details under Section 2, Paragraph 1, Number 2.).

Section 3, Paragraph 1, Number 2 fixes the payment for forced laborers in industry, business, construction, electric power enterprises and in other business enterprises, in public institutions, at the railroad and the postal service at 35,000 Austrian schillings. The fact that the payment is higher than that for agricultural forced laborers (Number 3, see below) is based on the fact that there were generally harsher work conditions in industry and public services.

In addition, there was the not to be underestimated risk from Allied bombing, especially in the last two years of the war. Forced laborers in industry were not permitted to go to bomb shelters during bomber attacks. A considerable number of forced laborers died during Allied bombing of strategically important industrial targets.

According to information from historians studying these matters, it can be assumed that practically every industrial enterprise and most public institutions employed forced laborers. Since the criterion of deportation and related trauma played a particularly important role, a differentiated apportionment on the basis of duration of work period was not used. Similarly, in cases where there was movement of individuals between industry and agriculture (for example, the use of industrial workers for agricultural harvest) the higher amount of the industry category is to be made so that the payment of 20,000 Austrian schillings under Section 3, Paragraph 1, Number 3 is to be made only to those persons who worked exclusively in agriculture or exclusively in the area of personal services.

At the same time, payments for forced labor in the area of personal services (households, hotels, etc.) will also be made under Section 3, Paragraph 1, Number 3 because this type of work was normally done under markedly better conditions than in the area of industry or public services. Children and minors under 12 years of age (See Section 2, Paragraph 1, Number 4) are to receive the amount of the parent with whom they were deported or, in the case of children born on the territory of present day Austria, that of the mother. In the case of deportation with both parents, both of whom are entitled to different amounts, the higher amount applies.

Section 3, Paragraph 1, Number 5 governs a supplementary payment (that is, in addition to the payment for slave labor or forced labor) for mothers

who had to give birth to their children in special maternity homes (Eastern Workers Delivery Homes) during their period of slave labor or forced labor (which was normally followed by the death of the child) or who were compelled to have abortions.

Section 3, Paragraph 2 gives the organs of the Fund flexibility in determining payments under Section 2, Paragraph 1, Number 3 (hardship cases) in that only the maximums for the applicable categories of payments for eligible persons are specified. Since the victims represented by the partner organizations are in any case considered as eligible by fulfilling the criteria of Section 2, Paragraph 1, a graduated payment under Section 2, Paragraph 1, Number 3 is conceivable only through the Fund.

Section 3, Paragraph 3 anticipates the possibility of overlap and states that persons who fulfill the provisions of several categories are to be paid the highest amount.

On Section 4:

Section 4 explains more of the details of payments.

Section 4, Paragraph 1 states explicitly that based on Articles 21 and 26 of the State Treaty for the Restoration of an Independent and Democratic Austria, Federal Law Code No. 152/1955, no legal claim for payments can be drawn from this federal law. Article 21 of the State Treaty states: "No reparations arising from the state of war in Europe after September 1, 1939, will be demanded of Austria." As early as the Potsdam Conference (See the minutes of the negotiations of the Conference, August 2, 1945.) and on the occasion of the Sixth Session of the Foreign Ministers Council in Paris (See the Communiqué of the Sixth Session, June 20, 1949), the Allies had agreed in practically identical provisions not to require any reparations from Austria. According to the interpretation of the international law of the time, the expression reparations included in the first place all offenses having to do with a war and extended also to claims that could arise from forced labor. In addition, it also included individual claims for matters caused by the war or related in some way to the war. It can be seen from this that the Allied Powers, as early as in the agreements of Potsdam and Paris, which were formally confirmed in Article 21 of the State Treaty, had decided not to pursue any compensation claims for forced labor.

Article 26 of the State Treaty governs in a binding and definitive manner under international law the obligation of Austria to return property on the territory of the republic that was illegally taken since March 13, 1939, from persons because of their ethnic background or religion or – if such restitution is no longer possible – to provide compensation. Through an exchange of diplomatic notes with the three Western Allies in 1959, these three nations in view of the restitution laws passed up to that time and the

measures provided in this exchange of diplomatic notes decided no longer to pursue diplomatically or to support any claims based on this article.

Section 4, Paragraph 2 repeats the individual nature of the payments, which are to be understood as a gesture of recognition for the injustice suffered personally, for which reason these payments may be neither given nor taken as security for a loan. The payments are to be made after fulfillment of minimal proof requirements. Documents may be presented, but are not a requirement. In view of the long time that has passed since the events, it is necessary only to make a credible case, which can be done through other means than documents, for example, the testimony of eyewitnesses.

The deadline of February 15, 2000, at which time the right to make a claim may be inherited, was set to correspond to the date of the appointment of Special Representative Dr. Maria Schaumayer by the Council of Ministers (This way a long time period for working out the payment provisions would not work to the disadvantage of the victims.). In the case of the death of a victim on or after the deadline, the appropriate national inheritance provision (whether testamentary or statutory) applying to the eligible person is to determine the order of inheritance.

Section 4, Paragraph 3 governs the application deadline (Submission of applications within two years from the effective date of the federal law; exemption/exclusion deadline) which in comparison with other such regulations is to be considered quite generous (The German Foundation law mentioned above sets the application deadline at eight months from the effective date of the law.). In addition, the Board of Trustees can decide to extend the deadline by a maximum of one year. Applications can be sent to the partner organizations (Section 7, Paragraph 4) or directly to the Fund.

It is planned that organizations that represent victims in countries outside the partner organizations (“rest of the world”) may handle applications in groups. The eligibility of persons included in the group submissions will be examined individually by the Fund and payments based on the group applications will be made directly to the eligible persons.

Section 4, Paragraph 4 specifies that applications to the Fund are to be exempt from all federally mandated deductions.

Section 4, Paragraph 5 governs the division of responsibility between the “Remembrance, Responsibility, and Future” Foundation of the Federal Republic of Germany and the Fund.

Persons who can receive a payment from this Foundation based on slave labor (not on property claims) under Section 11, Paragraph 1, Sentence 1, Number 1 of the law for the creation of the “Remembrance, Responsibility, and Future” Foundation, are excluded from payments under this [Austrian] federal law.

(See explanatory remarks under Section 2, Paragraph 1, Number 2.)

Forced laborers as defined in Section 2, Paragraph 1, Number 1 are to receive, according to Section 4, Paragraph 5, only one payment based on where their work was of longer duration, that is, either from the “Remembrance, Responsibility, and Future” Foundation or under the terms of this federal law, under which a payment from the Fund may be made only when the preponderant part of someone’s forced labor was carried out on the territory of the present day Republic of Austria.

In the interest of saving time and having unbureaucratic procedures, when the organs of the Fund receive applications for which the German Foundation rather than the Fund is responsible, they are instructed not to return the applications to the senders, but to forward them directly to the processing center of the Foundation. Likewise, when the reverse happens, the Fund should accept applications forwarded from the Foundation.

The final sentence of Section 4, Paragraph 5 also instructs the Fund in its agreements with the partner organizations to take account of the differentiating provision based on preponderance time that is used with the German Foundation and to make sure that the partner organizations avoid any double payments.

On Section 5:

Section 5, Paragraph 1 obligates payment recipients to renounce the right to any further claims based on slave labor or forced labor against the Republic of Austria or Austrian business enterprises. The recipient must sign a declaration to this effect immediately upon receipt of payment. These declarations are either to be prepared by the partner organizations and forwarded to the Fund after signing (Section 8, Paragraph 2, Number 5) or presented by the Fund to the eligible recipients for signature before payment is made.

In this provision, the expressions “slave labor” and “forced labor” are to be understood as in Section 1, Paragraph 1.

Sentences 2 and 3 of Section 5, Paragraph 1 take account of the fact that the German Foundation and the Austrian Fund with their payments for slave and forced laborers (not, however, in the cases described in Section 2, Paragraph 1, Number 4) at the same time achieve liberation for Germany and Austria and the business enterprises of both nations, for which reason the declarations must contain an irrevocable renunciation of further claims against either or both governments and the business enterprises of either or both governments. Since the declaration of renunciation for the German Foundation also includes property loss, an agreement will have to be made with the German Foundation, which also plans a declaration of renunciation applicable to both governments and business enterprises, for

the declaration required by the German Foundation from the recipients to discriminate between payments for capital loss and for slave labor and forced labor.

Section 5, Paragraph 2 defines the expression “Austrian business enterprises” used in the preceding Paragraph. The definition is an exact counterpart of the German provision in Section 12, Paragraph 2 of the law for the creation of the “Remembrance, Responsibility, and Future” Foundation.

On Section 6:

The Fund is to have a total sum of 6 billion Austrian shillings (Section 1) at its disposal, which is to come from four potential sources:

Number 1: From the Federal Government according to the applicable financial legislation,

Number 2: from other regional bodies,

Number 3: from the business world,

Number 4: from other contributions.

The law does not provide for an apportionment of the total budget among the contributors. However, the law comes into effect only if the amounts mentioned are fully available (Section 17), that is, when a legally binding commitment has been made to the Fund.

There is no obligation to provide a supplementary payment to the Fund beyond its specified capital amount (Section 2). Contributions to the Fund are exempt from all taxes and deductions (Section 3).

On Section 7:

Payments can be processed in essentially two ways. On the one hand, payments can be made through the partner organizations named in Paragraph 4, which are reconciliation foundations created between Germany and Poland, Russia, Belarus and Ukraine in 1991 or 1993, as well as the recently established Czech Foundation created by the Czech Republic and the “Jewish Heritage in Hungary” Foundation.

Details about processing such as exemption from taxes and other deductions, administrative controls, etc. will be taken care of in bilateral agreements with the appropriate governments. (See Section 8, Paragraph 2.)

On the other hand, applicants can submit their claims directly to the Fund (Section 7, Paragraph 1). This applies also to applicants from the countries of the partner organizations in cases where they are not covered by the partner organization (that is, are not included in the data banks of the partner organizations), as well as to those persons who submit their applications from countries that do not have partner organizations. The

avoidance of duplicate payments will be assured through contracts to be concluded between the Fund and the foundations (Section 8, Paragraph 2).

In the case of individual applications sent directly to the Fund and also in the case of group submissions to the Fund, payments will be made directly to the applicants.

Section 7, Paragraph 2 states that the Fund makes payments according to the administrative practices of private organizations and in no way as acts of government.

Section 7, Paragraph 3 governs the tax-exempt nature of payments by the Fund and the partner organizations.

The partner organizations referred to in Section 7, Paragraph 4 are in all cases the government foundations that were created through bilateral agreements with the governments of the appropriate countries as processing organizations and that receive reimbursement of their administrative expenses. (See Section 8, Paragraph 1.)

Due to the nature of the group of people affected, worldwide publicity for the payments under this federal law (Section 7, Paragraph 5) should not be made principally through newspaper advertisements but rather through interviews by organs of the Fund with international print and electronic media, through the network of Austrian agencies and offices abroad and through the partner organizations, the cost of which is to be reimbursed as administrative expenses (See Section 8, Paragraph 1.).

The guidelines of the Fund (Section 7, Paragraph 6) are to be put out by the Board of Trustees (Section 11, Paragraph 1, Number 2) and should give guidance for the payment decisions that arise, particularly in the hardship cases mentioned in Section 3, Paragraph 2.

On Section 8:

Section 8 governs cooperation with the partner organizations.

The actual need for funds to be provided to the partner organizations flows from the result of the random examination of the lists presented by the partner organizations (Section 8, Paragraph 1). In that connection, the contracts between the Fund and the partner organizations (Section 8, Paragraph 2) will have to specify the size of the lists (perhaps up to 1000 or 1500 persons) to be presented to the Fund organs.

The minimal amount of time for the payment of funds arises from the need to conduct a serious spot check, which for the sample cases requires an examination of the files (corporate archives, registration offices, social security files, etc.) available in Austria and in the person's homeland at least the verification of the person's survival through local agencies or through official Austrian agencies represented there.

When this spot check reveals questionable claims, all problem cases must be cleared up before acceptance of another list. The lists are to contain the given name, surname, date and place of birth, nationality at the time of deportation, place of deportation and time period, name and location of the employer.

The residence provision in each bilateral agreement is based on the fact that certain foundations also have in their data banks the files of persons who on February 15, 2000, had their residences in countries other than those of the partner organizations. This arises from the fact that in 1993 the foundations created in the former constituent parts of the Soviet Union assumed responsibility for also distributing German payments in the Baltic states and in Moldova and consequently it is possible that victims eligible for claims under this federal law are also included in the data banks of those foundations.

As an indication of reimbursable administrative expenses for all personal and material costs relating to payments under this law, including the necessary costs of publicity according to Section 7, Paragraph 5, the 5.5% of the total capital given to the foundations by the Swiss War Victims Fund can be seen as the upper limit. Bank transfer of administrative costs should proceed step by step with the approval of the lists of names.

The Austrian provenance of the funds and their purpose, which is to be appropriately emphasized by the partner organizations to the eligible recipients and to the public in the countries covered can, for example, be made known in the media and in cover letters sent with the payment transfer forms (that are to be sent with the declaration to be signed according to Section 5, Paragraph 1). In addition, it must be assured that data and administrative proceedings relating to the Austrian payments will be organized separately within the partner organizations.

Section 8, Paragraph 2 governs the renunciation of the governments of the countries named in Section 12, Paragraph 1, Number 8 of any right to claim diplomatic immunity with regard to slave labor or forced labor. This renunciation, which supplements the renunciation declaration of payment recipients according to Section 5, Paragraph 1, is provided for in each of the bilateral agreements. It is intended to satisfy the desire of the Austrian business community for comprehensive and lasting legal peace, both within Austria and abroad. This will also demonstrate the finality of the Austrian payments to former slave and forced laborers of the National Socialist regime on the territory of the present day Republic of Austria.

The expressions "slave labor" and "forced labor" in Section 8, Paragraph 2 and in Section 8, Paragraph 2, Number 2 are to be understood in the same way as in Section 1, Paragraph 1.

The details of payment disbursement are set out in the bilateral agreements with the countries named in Section 7 and in contracts between the Fund and the partner organizations. (See also Section 7, Paragraph 6.)

Section 8, Paragraph 2, Numbers 1 to 5 specify what must be included as a minimum in the bilateral agreements.

Number 1 refers to the provision in Section 4, Paragraph 2.

Number 2 takes account of the advanced age of the applicants and is intended to avoid the need for people who are fully documented in the data banks of the partner organizations as a consequence of registration for earlier benefits from having to file new applications.

Number 3 is intended to allow representatives of the Fund to monitor the work of the partner organizations.

Number 4 ensures that payments based on this federal law are not taken by countries with partner organizations as a chance to reduce income to which Fund recipients are entitled in any other area.

Number 5 obligates the partner organizations to make payment upon receipt of the declaration described in Section 5, Paragraph 1 and to forward each declaration to the Fund. The manner in which the declarations are to be forwarded to the Fund is to be determined in the contracts between the Fund and the partner organizations (Section 8, Paragraph 2).

Section 3 states explicitly that there must be an international audit of the partner organizations as well as of the Fund itself, whose costs are to be covered by the Fund. The choice of auditing firm is to be made by each partner organization in consultation with the Fund. The participation of the partner organizations in the selection of the auditing firm through the Fund is assured through the representation on the Board of Trustees of countries with partner organizations.

On Section 9:

Paragraphs 1 and 2 concern matters of data protection that arise from the work of the Fund and the partner organizations.

Paragraph 1 concerns the right of the Fund and partner organizations to collect information in their own and in the respective other countries in so far as this is necessary for carrying out their tasks. In the case of personal information, the various interests must be taken into account in a balanced manner.

The duty to provide information also includes information covered by the Federal Archive Law in its wording of August 17, 1999 (Federal Legislative Code 162/1999). Austrian businesses are asked to open their archives for

information related to slave labor and forced labor that had been performed.

Paragraph 2 forbids the use of information for other than the purposes of this federal law. Passing of data to third parties may be done only with the agreement of the person affected.

On Sections 10 to 14:

The final list of Fund organs is given in Section 10, Paragraph 1. According to Section 10, Paragraph 2, the sole outside representative of Fund is to be the Chairman of the Board of Trustees.

The responsibilities of the Board of Trustees are enumerated in Section 11, Paragraph 1 in an exemplary manner. The Board of Trustees must carry out these responsibilities in all cases. In the case of hardship cases covered by Section 3, Paragraph 2, which can be decided by the Board of Trustees or, alternatively, by the Committee according to Number 5, a determination is to be made regarding the nature just as much as the amount of the payment.

Section 12 governs the composition of the Board of Trustees, which in view of the totality of affected victims reflects a broad international membership. Besides the chairman, 11 of the 23 members are from public institutions and the business community while 11 members represent the interests of victims. The chairman has the tie-breaking vote. Section 12 is a constitutional provision since the Board of Trustees is an organ that brings together representatives of the government administration as well as representatives of the legislature.

The governments entitled to send representatives according to Section 12, Paragraph 1, Number 8 have the choice of naming either victim representatives or representatives of the partner organizations to the Board of Trustees. The international representatives are full members of the Board of Trustees.

Section 12, Paragraph 3 makes it possible to bring in victim representatives, historians or other experts for individual agenda items, but not for an entire board meeting.

Section 12, Paragraph 4 makes it clear that membership in the Board of Trustees is on a "pro bono" basis. Necessary expenditures are to be reimbursed by the Fund.

The Committee (Section 13) is conceived as a decision-making organ for those matters that are delegated by the Board of Trustees for reasons of efficiency and administrative economy. It must come together often enough to effect the transfer the funds provided under the provisions of

Section 8, Paragraph 1 in the shortest possible time to the partner organizations.

The General Secretary of the Reconciliation Fund is according to Section 14 the executive organ of the Fund.

On Section 15:

Paragraph 1 permits the use of income from the Fund's capital and other income only for the purpose of the Fund (Section 1). This purpose also includes personnel and material expenses.

In accordance with Paragraph 2, the Reconciliation Fund will be dissolved in three years, with the Board of Trustees deciding how to spend any remaining moneys for payments related to injustices that took place during the time of the National Socialist regime on the territory of the present day Republic of Austria, whereby special consideration should also be given to the heirs of slave and forced laborers who died before the deadline of February 15, 2000.

On Section 16:

This contains the observation that expressions in this federal law are to be interpreted as gender neutral.

About Section 17:

The clause for the effective date of this federal law contains a double conditionality: the funds mentioned in Section 6 must be fully available, which means that there must be binding pledges to the Fund; and the agreements with the Central and East European countries and with the United States must have been signed (Section 8, Paragraph 2, referring to the instruments by which legal peace in these countries is guaranteed).

Annex to the Committee Report on the Draft of a Federal Law

Concerning the Fund for Voluntary Payments of the Republic of Austria to Former Slave Laborers and Forced Laborers of the National Socialist Regime (Reconciliation Fund Law)

List of the Camps Whose Prisoners Are Considered Eligible for Payments by the Reconciliation Fund

1. Concentration camp or an equivalent place of confinement:

- Prisoners of the Mauthausen concentration camp and annexes as well as the annexes of the Dachau concentration camp located on the territory of present day Republic of Austria are covered by the German "Remembrance, Responsibility, and Future" Foundation.

- Camps for Hungarian Jews in Vienna, Lower Austria, Burgenland, and Steiermark (Strasshof, Laxenburg and similar places)
- Camps for Hungarian Jews at the Southeast Rampart construction site
- Transit camps for Roma and Sinti peoples (Lackenbach, Maxglan and similar places)

2. Camps for forced laborers (Poles, Eastern workers, and others):

- Camps for forced laborers in industry (located at the various factories and businesses)
- Work training camps (Innsbruck-Reichenau, Oberlanzendorf and similar places):

Assignment to a work training camp is normally to be categorized as forced labor as defined in Section 2,

Paragraph 1, Number 1. However, the specific circumstances could also justify a categorization as defined in Section 2, Paragraph 1, Number 2 (concentration camp or equivalent).

3. Camps for people who were made into forced laborers for political reasons, because of ancestry, religion, nationality, sexual orientation, because of a physical or mental handicap, because of an accusation of asocial character or in conjunction with medical experiments:

- Camps for forced laborers in industry (located at the various factories and businesses)
- Work training camps (Innsbruck-Reichenau, Oberlanzendorf and similar places):

Assignment to a work training camp is normally to be categorized as forced labor as defined in Section 2,

Paragraph 1, Number 1. However, the specific circumstances could also justify a categorization as defined in Section 2, Paragraph 1, Number 2 (concentration camp or equivalent).

- Work camps for Austrian, stateless or foreign Jews who were on Austrian territory after 1938 and before 1943, as well as “mongrels,” persons from protected marriages, and so forth (Doppl, Eisenerz, Marchegg, Mitterweissenbach, and similar places)
- Employment in public services (trash dumps, bomb clearing, and such)
- Political prisoners: evidence of political offenses will in certain cases have to be shown
- All sorts of work deployments related to forceful confinement in clinics (euthanasia cases) (Spiegelgrund and similar places)

Dokument 22

Kundmachung der Bundesregierung über das Inkrafttreten des Versöhnungsfonds-Gesetzes, Wien, am 27. November 2000:

„Gemäß § 17 des Bundesgesetzes über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz), BGBl. I Nr. 74/2000, wird kundgemacht:

Das Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz), BGBl. I Nr. 74/2000, tritt mit 27. November 2000 in Kraft.

Schüssel Riess-Passer Ferrero-Waldner Gehrler Strasser
Böhdorfer Scheibner Molterer Haupt Forstinger Bartenstein“

Dokument 23

Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über den Österreichischen Fonds „Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“, Wien, am 24. Oktober 2000

„Die Österreichische Bundesregierung („Österreich“)
und

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika („Die Vereinigten Staaten“),

in der Absicht, die Beziehungen zwischen ihren beiden Staaten im Geist der Freundschaft und der Zusammenarbeit zukunftsorientiert zu gestalten und aus der Vergangenheit herrührende Fragen erfolgreich zu klären,

in der Erkenntnis, dass Österreich durch die Verabschiedung von Gesetzen, die von den Alliierten Mächten genehmigt wurden oder auf internationalen Verträgen beruhen, zu deren Vertragspartnern die Vereinigten Staaten zählen, und in enger Abstimmung mit Opferverbänden und interessierten Regierungen Restitution und Entschädigung an Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung geleistet hat,

in Anbetracht dessen, dass Österreich und österreichische Unternehmen durch den Österreichischen Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit („Fonds“), der dem österreichischen Recht unterliegt, eine Einrichtung der Republik Österreich ist und durch Beiträge Österreichs und österreichischer Unternehmen gespeist wird, eine Antwort auf die moralische Verantwortung geben und diese für alle Ansprüche anerkennen wollen, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen,

im Verständnis, dass dieses Abkommen die Artikel 21 und 26 des Staatsvertrages aus dem Jahre 1955 über die Wiedererrichtung eines unabhängigen und demokratischen Österreich*) nicht berührt,

in der Erkenntnis, dass österreichische Unternehmen angesichts ihrer Beiträge zum Fonds weder gerichtlich noch anderweitig aufgefordert werden sollten und dass von ihnen auch nicht erwartet werden sollte, weitere Zahlungen für irgendwelche geltend gemachte Ansprüche zu leisten, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen,

(BGBl. III Nr. 221/2000)

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 152/1955

in Anerkennung des legitimen Bedürfnisses Österreichs und österreichischer Unternehmen nach umfassendem und andauerndem Rechtsfrieden für alle geltend gemachten Ansprüche, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, sowie ferner in Anerkennung der Tatsache, dass dieses Bedürfnis für die Beiträge österreichischer Unternehmen zum Fonds von grundlegender Bedeutung ist,

in der Erkenntnis, dass es im Interesse Österreichs und der Vereinigten Staaten (der „Vertragsparteien“) liegt, eine gütliche Beilegung dieser Streitfragen ohne Konfrontation und außerhalb von Rechtsstreitigkeiten zu erzielen,

in der Erkenntnis, dass beide Vertragsparteien zur Förderung ihrer außenpolitischen Interessen einen umfassenden und andauernden Rechtsfrieden für alle gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen geltend gemachten Ansprüche, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, anstreben, in partnerschaftlicher Zusammenarbeit und in Abstimmung mit anderen interessierten Parteien und Regierungen mit dem Ziel, Österreich und österreichische Unternehmen dabei zu unterstützen, breite Zustimmung zur Gesamtsumme und den Leistungskriterien des Fonds zu erreichen und umfassenden und andauernden Rechtsfrieden für alle Ansprüche, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, zu schaffen,

in Anbetracht der Tatsache, dass der Fonds eine breite Berücksichtigung der Opfer und eine weitreichende Beteiligung der Unternehmen gewährleisten wird, wie sie durch Gerichtsverfahren nicht möglich wären,

in der Überzeugung, dass der Fonds einen schnellstmöglichen Mechanismus für gerechte und schnelle Zahlungen an nunmehr betagte Opfer vorsehen wird,

in Anbetracht der Tatsache, dass Österreich Abkommen mit zentral- und osteuropäischen Staaten abschließen wird, die die Mehrheit der Opfer vertreten, die Leistungen aus dem Fonds erhalten können, damit eine problemlose und effiziente Arbeit des Fonds garantiert wird,

in Anbetracht der Tatsache, dass sich Österreich mit der Bundesrepublik Deutschland und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ abgestimmt hat, um eine weitestgehende Berücksichtigung aller Ansprüche, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, vorzusehen,

in dem Bewusstsein, dass der Fonds alle geltend gemachten oder künftig möglicherweise geltend gemachten Ansprüche gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs und alle anderen vom Fonds umfassten Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, abdeckt und dass es im Interesse beider Vertragsparteien läge, wenn der Fonds die einzige rechtliche Möglichkeit und das ausschließliche Forum für die Regelung dieser Ansprüche wäre, in der Erkenntnis, dass Österreich zur Errichtung des Fonds ein Gesetz verabschiedet hat, welches von allen im Nationalrat vertretenen Parteien eingebracht wurde,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren, dass der Fonds alle geltend gemachten oder künftig möglicherweise geltend gemachten Ansprüche gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs und alle anderen vom Fonds umfassten Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, abdeckt und dass es im Interesse beider Vertragsparteien läge, wenn der Fonds die einzige rechtliche Möglichkeit und das ausschließliche Forum für die Regelung dieser Ansprüche wäre.

(2) Österreich ist bereit sicherzustellen, dass der Fonds die Öffentlichkeit hinsichtlich seines Bestehens, seiner Ziele und der Verfügbarkeit von Mitteln in angemessenem Umfang unterrichtet.

(3) Die Grundsätze für die Arbeit des Fonds sind in Anlage A festgelegt. Österreich versichert, dass der Fonds unter der Rechtsaufsicht einer österreichischen Regierungsbehörde stehen wird; jede Person kann die österreichische Regierungsbehörde ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der für den Fonds geltenden gesetzlichen Vorschriften zu gewährleisten.

(4) Österreich erklärt seine Zustimmung, mit interessierten Parteien auf der Grundlage eines mit diesen Parteien vereinbarten Rahmens aktiv und zügig Gespräche fortzusetzen, die mögliche Lücken und Unzulänglichkeiten in den Restitutions- und Entschädigungsgesetzen betreffen, die Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg zur Regelung von Arisierungsfällen während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs auf dem Gebiet des heutigen Österreich verabschiedet hat, mit der Absicht, in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten, entsprechende allenfalls zur Anwendung kommende rechtliche Möglichkeiten im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 und des Artikels 3 Absatz 3 dieses Abkommens zu schaffen. Die Vereinigten Staaten werden diesen Prozess erleichtern.

Artikel 2

(1) Die Vereinigten Staaten werden in allen Fällen, in welchen den Vereinigten Staaten mitgeteilt wird, dass ein Anspruch nach Artikel 1 Absatz 1 vor einem Gericht in den Vereinigten Staaten geltend gemacht wurde, ihre Gerichte durch eine Interessenerklärung (Statement of Interest) nach Anlage B und im Einklang mit dieser auf andere Weise, die sie für angemessen halten, davon unterrichten, dass es im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten läge, wenn der Fonds die einzige rechtliche Möglichkeit und das ausschließliche Forum für die Regelung von Ansprüchen wäre, die gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen – wie in Anlage C festgelegt – geltend gemacht werden, und dass die Abweisung solcher Fälle in ihrem außenpolitischen Interesse läge.

(2) Die Vereinigten Staaten werden auch in allen Fällen, in denen Österreich in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten entsprechende allenfalls zur Anwendung kommende rechtliche Möglichkeiten für andere Ansprüche gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen, die aus der Zeit des Nationalsozialismus oder dem Zweiten Weltkrieg herrühren, schafft, eine Interessenerklärung (Statement of Interest), mutatis mutandis, wie in Artikel 2 Absatz 1 beschrieben, abgeben.

(3) Die Vereinigten Staaten werden sich in Anerkennung der Bedeutung der Ziele dieses Abkommens, einschließlich des umfassenden und andauernden Rechtsfriedens, frühzeitig und nach besten Kräften bemühen, auf eine Weise, die sie für angemessen halten, diese Ziele mit den Regierungen der Bundesstaaten und der Kommunen zu verwirklichen.

Artikel 3

(1) Mit diesem Abkommen soll die Errichtung des Fonds ergänzt und ein umfassender und andauernder Rechtsfrieden für Österreich und/oder österreichische Unternehmen für alle Ansprüche, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs und alle anderen vom Fonds umfassten Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, gefördert werden.

(2) Dieses Abkommen lässt einseitige Beschlüsse sowie zwei- oder mehrseitige Vereinbarungen, welche die Folgen der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs behandelt haben, unberührt.

(3) Die Vereinigten Staaten ergreifen geeignete Maßnahmen zur Abwehr jeglicher Infragestellung der Staatenimmunität Österreichs in Bezug auf alle Ansprüche, die gegen die Republik Österreich möglicherweise geltend gemacht werden, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs und alle anderen vom Fonds umfassten Ansprüche zum Inhalt haben oder

damit in Zusammenhang stehen, und für alle anderen Ansprüche aus der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs, für die nach übereinstimmender Auffassung der Vereinigten Staaten und Österreichs eine entsprechende allenfalls zur Anwendung kommende rechtliche Möglichkeit vorgesehen wurde.

Artikel 4

Die Anlagen A, B und C sind Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, den die Vertragsparteien durch Notenwechsel vereinbaren.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. Oktober 2000, in zwei Urschriften in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Österreichische Bundesregierung:
Wolfgang Schüssel m. p.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten:
Kathryn Hall m. p.

Anlage A

zum Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über den Österreichischen Fonds „Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“

Grundsätze für die Arbeit des Fonds

Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens sieht vor, dass die Grundsätze für die Arbeit des Fonds in Anlage A festgelegt werden. In dieser Anlage werden wesentliche Elemente des Fonds aufgeführt, die die Grundlage der gegenseitigen Verpflichtungen der Vertragsparteien in diesem Abkommen bilden.

Der Ausdruck „Versöhnungsfondsgesetz“ bezieht sich auf das Bundesgesetz, welches den „Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“ errichtet, den Kommentar, der vom Verfassungsausschuss des Österreichischen Nationalrats angenommen wurde und die den Vereinigten Staaten zur Kenntnis gebracht wurden, und auf die Geschäftsordnung und Richtlinien, die beschlossen und die Arbeit des Versöhnungsfonds leiten werden.

1. Im Versöhnungsfondsgesetz wird ausgeführt werden, dass der Zweck des Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit („Versöhnungs-

fonds“) darin besteht, über Partnerorganisationen und, wo es keine Partnerorganisationen gibt, durch den Versöhnungsfonds selbst, Zahlungen an alle jene zu leisten, die als Sklaven- oder Zwangsarbeiter litten sowie an bestimmte andere, die während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs auf dem Gebiet des heutigen Österreich anderes Leid erdulden mussten.

2. Das Versöhnungsfondsgesetz wird ein Kuratorium vorsehen, dessen Mitglieder zu gleichen Teilen von der österreichischen Regierung und österreichischen Unternehmen sowie von anderen Regierungen und Vertretern der Opfer benannt werden; hiervon ausgenommen ist der Vorsitzende, der der Bundeskanzler der Republik Österreich sein wird. Die gesamte Arbeitsweise des Versöhnungsfonds wird transparent sein, und die Geschäftsordnung und die Richtlinien und ähnliche Verfahren werden veröffentlicht werden. Das Kuratorium wird die Geschäftsordnung und die Richtlinien mit einfacher Mehrheit annehmen. Die Geschäftsordnung und die Richtlinien werden eine Bestimmung enthalten, die feststellen wird, dass es ein Zweck des Versöhnungsfonds ist, die Erben jener, die nicht überlebt haben, durch Projekte zu begünstigen.

3. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass der Fonds und alle Partnerorganisationen einer Wirtschaftsprüfung unterzogen werden.

4. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass jede Person, die während der Inhaftierung in einem Konzentrationslager oder einer ähnlichen Haftstätte unter unmenschlichen Bedingungen („Sklavenarbeiter“) zur Arbeit gezwungen wurde, 105 000 S erhalten wird. Das Versöhnungsfondsgesetz wird auch vorsehen, dass Personen, die durch Gewalt oder Täuschung zur Arbeit auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich verbracht wurden oder die, nach einem freiwilligen Aufenthalt auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich, an ihrer Heimkehr gehindert wurden und besonders schlechten Lebensbedingungen unterworfen waren und entweder haftmäßig untergebracht oder sonst einer wesentlichen Freiheitsbeschränkung unterworfen waren oder in ihren persönlichen Rechten eingeschränkt oder besonders strengen Disziplinärmaßnahmen unterworfen waren und zur Arbeit gezwungen wurden („Zwangsarbeiter“), je 35 000 S erhalten werden, wenn sie ihre Arbeit in Industrie, Gewerbe, Bauwirtschaft, Elektrizitätswirtschaft und in der sonstigen gewerblichen Wirtschaft, in öffentlichen Einrichtungen, bei Reichsbahn oder Reichspost leisten mußten, und je 20 000 S, wenn sie ausschließlich in der Land- und Forstwirtschaft oder in Form persönlicher Dienstleistungen arbeiten mussten. Zusätzlich wird das Versöhnungsfondsgesetz vorsehen, dass der Fonds Zahlungen in der Höhe von 105 000 S, 35 000 S oder 20 000 S an natürliche Personen leisten wird, die ihren Aufenthalt auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich hatten und die aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, auf

Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung, auf Grund des Vorwurfes der vermuteten Asozialität oder im Zusammenhang mit medizinischen Experimenten auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich unter Bedingungen arbeiten mussten, die den vorhin genannten gleichkamen. Das Versöhnungsfondsgesetz wird auch vorsehen, dass Personen, die als Kinder vor Vollendung des 12. Lebensjahres zusammen mit einem oder beiden Elternteilen, von denen einer oder beide Sklaven- oder Zwangsarbeit leisten mussten, in das Gebiet der heutigen Republik Österreich verbracht oder während des Sklaven- oder Zwangsarbeitseinsatzes der Mutter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geboren wurden, Zahlungen bis zum Betrag, den der Elternteil (die Eltern) erhält (erhalten) oder erhalten hätte(n) können, dh. 105 000 S, 35 000 S oder 20 000 S, erhalten. Das Versöhnungsfondsgesetz wird auch vorsehen, dass Personen, die durch die Arbeit, die sie während ihrer Zwangsarbeit auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich leisten mussten, eine nachweislich schwere oder nachhaltige physische oder psychische Schädigung erlitten haben, die aber keine Zahlung in einer anderen Kategorie erhalten können, eine Leistung bis zu dem Betrag ihrer Kategorie bekommen können, dh. 35 000 S oder 20 000 S („besonderer Härtefall“). Die Geschäftsordnung und die Richtlinien werden vorsehen, dass je nach den Umständen eine Zahlung von bis zu 105 000 S, 35 000 S oder 20 000 S an alle anderen Personen erfolgen wird, die einen glaubhaften Anspruch machen können, dass sie auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich unter Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden, die jenen vergleichbar sind, denen Sklaven- oder Zwangsarbeiter entsprechend den Definitionen des Versöhnungsfondsgesetzes ausgesetzt waren, die andernfalls nicht durch das Versöhnungsfondsgesetz abgedeckt würden. Das Versöhnungsfondsgesetz wird auch vorsehen, dass eine zusätzliche Zahlung von 5 000 S an Frauen erfolgen wird, die während ihres Einsatzes als Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich Kinder in Ostarbeiterinnen-Entbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden.

5. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass es für Sklaven- oder Zwangsarbeiter nicht möglich sein wird, Zahlungen für denselben Anspruch, der die Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt hat oder damit in Zusammenhang steht, sowohl vom Versöhnungsfonds, als auch von der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zu erhalten.

6. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass der Kreis der Leistungsberechtigten für den Fonds auf Überlebende und, falls eine leistungsberechtigte Person am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben ist, auf ihre(n) Erben gemäß dem nationalen Recht der betreffenden Person beschränkt sind.

7. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass Entscheidungen über Leistungsberechtigungen auf der Grundlage der Glaubhaftmachung erfolgen.

8. Das Versöhnungsfondsgesetz wird zum Ausdruck bringen, dass der Erhalt einer Leistung aus Mitteln des Fonds allfällige Ansprüche des Empfängers auf Leistungen aus der Sozialversicherung oder andere öffentliche Leistungen nicht berühren wird. Es wird keine Anrechnung irgendwelcher früherer Entschädigungszahlungen geben.

9. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass jeder Antragsteller für eine Leistung des Fonds verpflichtet sein wird, bei Erhalt einer Leistung zu erklären, dass er oder sie auf alle behaupteten Ansprüche betreffend Sklaven- oder Zwangsarbeit aus der Zeit des Nationalsozialismus gegen die Republik Österreich und/oder österreichische Unternehmen, wie auch gegen Deutschland und alle deutschen Unternehmen, verzichtet.

10. Die bilateralen Abkommen werden vorsehen, dass jede Partnerorganisation ein internes Beschwerdeverfahren einrichten wird, und das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass der Fonds ein internes Beschwerdeverfahren einrichten wird.

11. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorschreiben, dass der Fonds die Öffentlichkeit hinsichtlich seiner Leistungen und der Antragsmodalitäten in angemessenem Umfang unterrichtet. Das Kuratorium wird die Form und den Inhalt einer solchen Bekanntmachung in Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen festlegen.

12. Das Versöhnungsfondsgesetz wird Anträge an die Partnerorganisationen und den Fonds selbst bis zu zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes, mit dem der „Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“ errichtet wird, zulassen.

13. Das Versöhnungsfondsgesetz wird den Fonds und seine Partnerorganisationen ermächtigen, Auskünfte von österreichischen Bundesbehörden und anderen öffentlichen Einrichtungen zu erhalten, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind, soweit dem nicht gesetzliche oder von Behörden erlassene Bestimmungen oder das legitime Interesse der betroffenen Personen entgegensteht.

14. Das Versöhnungsfondsgesetz wird österreichische Unternehmen dazu ermuntern, ihre Archive, soweit sie die Zeit des Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg betreffen, zu öffnen.

15. Das Versöhnungsfondsgesetz wird in Kraft treten, sobald die Mittel des Fonds diesem zur Verfügung gestellt worden sind und die bilateralen Abkommen zwischen Österreich und den Regierungen von Belarus, der Tschechischen Republik, Ungarns, Polens, Rußlands, der Ukraine und der Vereinigten Staaten unterzeichnet worden sind.

Anlage B
zum Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über den Österreichischen Fonds „Versöhnung, Frieden
und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“

Elemente einer Interessenerklärung (Statement of Interest) der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Nach Artikel 2 Absatz 1 werden die Vereinigten Staaten in allen anhängigen und künftigen Fällen, in denen den Vereinigten Staaten mitgeteilt wird, dass Ansprüche gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen geltend gemacht wurden oder werden, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs oder andere vom Fonds umfasste Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, rechtzeitig und unabhängig von der Zustimmung des Klägers/der Kläger zu der Abweisung eine Interessenerklärung zusammen mit der förmlichen außenpolitischen Erklärung des Außenministers und der Erklärung des stellvertretenden Finanzministers Stuart E. Eizenstat bei Gericht zu Protokoll geben.

Die Interessenerklärung wird Folgendes geltend machen:

1. Wie aus dem Briefwechsel zwischen dem Bundespräsidenten der Republik Österreich und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten hervorgeht, ist der Präsident der Vereinigten Staaten zu dem Schluss gekommen, dass es im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten läge, wenn der Fonds das ausschließliche Forum und die einzige rechtliche Möglichkeit für die Regelung aller gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen geltend gemachten Ansprüche ist, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs oder andere vom Fonds umfasste Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen.
2. Die Vereinigten Staaten sind daher der Auffassung, dass alle im vorigen Absatz umschriebenen Ansprüche über den Fonds und nicht über Gerichte verfolgt werden sollen (oder für den Fall, dass die Mittel des Fonds erschöpft sind, hätten rechtzeitig verfolgt werden sollen).
3. Wie im oben erwähnten Briefwechsel hingewiesen wird, läge eine Abweisung von Klagen auf Grund der im Absatz 1 umschriebenen Ansprüche im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten werden eine Abweisung aus jedem gültigen Rechtsgrund empfehlen, wobei nach dem amerikanischen Rechtssystem die Entscheidung bei den amerikanischen Gerichten liegt. Die Vereinigten Staaten werden erläutern, dass es im Zusammenhang mit dem Fonds im dauerhaften, großen

Interesse der Vereinigten Staaten liegt, Bemühungen um eine Abweisung aller Klagen gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs oder andere vom Fonds umfasste Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, zu unterstützen. Die Vereinigten Staaten werden ihr außenpolitisches Interesse an einer Klagsabweisung umfassend erläutern, wie weiter unten dargelegt.

4. Zu den Interessen der Vereinigten Staaten gehört das Interesse an einer gerechten und umgehenden Regelung der mit diesen Klagen verbundenen Fragen, um den Opfern des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zu Lebzeiten ein gewisses Maß an Gerechtigkeit zu verschaffen, das Interesse an der Förderung der engen Zusammenarbeit unseres Landes mit dem befreundeten Staat und Handelspartner Österreich, das Interesse an der Wahrung der guten Beziehungen zu Israel und zu anderen Staaten West-, Zentral- und Osteuropas, aus denen viele derjenigen kommen, die während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs Leid erdulden mussten, sowie das Interesse an der Erlangung von Rechtsfrieden für alle gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen geltend gemachten und künftig geltend gemachten Ansprüche, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs oder alle anderen vom Fonds umfassten Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen.

5. Der Fonds ist ein wichtiger Teil der über ein halbes Jahrhundert hinweg andauernden Bemühungen um eine Vollendung der Aufgabe, den Opfern des Holocaust und den Opfern der Zeit des Nationalsozialismus Gerechtigkeit zu verschaffen. Der Fonds ergänzt frühere österreichische Entschädigungs-, Restitutions- und Pensionsprogramme für Handlungen im Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus oder dem Zweiten Weltkrieg.

6. Da sich am Fonds nicht nur die österreichische Bundesregierung und Unternehmen beteiligen, die während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs auf dem Gebiet des heutigen Österreichs bestanden, sondern auch Unternehmen, die während der Zeit des Nationalsozialismus nicht bestanden, wie auch die Koordinierung Österreichs mit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, ist eine umfassende Berücksichtigung der Sklaven- oder Zwangsarbeiter sowie gewisser anderer Opfer möglich.

7. Die Kläger in diesen Fällen sehen sich zahlreichen rechtlichen Hürden gegenüber, dazu gehören unter anderem ausländische Staatenimmu-

nität, Justiziabilität, Völkergewohnheitsrecht (international comity), Verjährungsfristen, Fragen der gerichtlichen Zuständigkeit, Zuständigkeitsablehnung (forum non conveniens), schwierige Beweislage, die Zulassung einer bestimmten Erbensgruppe und rechtliche Präzedenzfälle, die sich gegen ihre Ansprüche richtet. Die Vereinigten Staaten nehmen hier zu den von den Klägern oder Beklagten vorgebrachten Rechtsansprüchen oder -ausführungen meritorisch nicht Stellung. Die Vereinigten Staaten vertreten nicht die Auffassung, ihre politischen Interessen betreffend den Fonds wären selbst ein eigenständiger Rechtsgrund für eine Abweisung; sie werden jedoch betonen, dass die politischen Interessen der Vereinigten Staaten für eine Abweisung aus jedem gültigen Rechtsgrund sprechen.

8. Der Fonds ist fair und gerecht angesichts:

a) des fortschreitenden Alters der Kläger, der Notwendigkeit, ihnen rasch und unbürokratisch zur Lösung zu verhelfen sowie der Tatsache, dass verfügbare Mittel besser für die Opfer als für Rechtsstreitigkeiten ausgegeben werden sollen;

b) der finanziellen Ausstattung des Fonds, der Mittelzuweisung, der Auszahlung der Mittel und der Leistungsberechtigungskriterien des Fonds;

c) der schwierigen rechtlichen Hürden, denen sich die Kläger gegenübersehen, und der Ungewissheit ihrer Prozessaussichten;

d) im Lichte der besonderen Schwierigkeiten, die sich aus den von Erben geltend gemachten Ansprüchen ergeben, und

e) der Verpflichtung der österreichischen Bundesregierung, mit interessierten Parteien auf der Grundlage eines mit diesen Parteien vereinbarten Rahmens aktiv und zügig Gespräche fortzusetzen, die mögliche Lücken und Unzulänglichkeiten in den Restitutions- und Entschädigungsgesetzen betreffen, die Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg zur Behandlung von Arisierungsfällen während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs auf dem Gebiet des heutigen Österreich verabschiedet hat, mit der Absicht, in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten, entsprechende allenfalls zur Anwendung kommende rechtliche Möglichkeiten im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 und des Artikels 3 Absatz 3 dieses Abkommens zu schaffen.

9. Struktur und Arbeitsweise des Fonds werden rasche, unparteiische, würdige und einklagbare Zahlungen gewährleisten (oder haben sie gewährleistet); sein Bestehen, seine Ziele und die Verfügbarkeit von Mitteln sind in angemessenem Umfang bekannt gemacht worden; und die Arbeitsweise des Fonds ist offen und rechenschaftspflichtig.

Anlage C
zum Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über den Österreichischen Fonds „Versöhnung, Frieden
und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“

Bestimmung des Begriffs „österreichische Unternehmen“

Der Begriff „österreichische Unternehmen“ im Sinne dieses Regierungsübereinkommens und seiner Anlagen ist wie in Artikel 5 Absatz 2 des Gesetzes, mit dem der Fonds „Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit“ errichtet wird, wie folgt bestimmt:

1. Unternehmen, die zu irgendeinem Zeitpunkt ihren Sitz innerhalb der Grenzen der heutigen Republik Österreich haben oder hatten, sowie deren Muttergesellschaften (frühere oder gegenwärtige, unmittelbar oder mittelbar), auch wenn diese ihren Sitz im Ausland hatten oder haben;
2. Unternehmen außerhalb der Grenzen der heutigen Republik Österreich, an denen österreichische Unternehmen nach Satz 1 zu irgendeinem Zeitpunkt unmittelbar oder mittelbar finanziell mit mindestens 25 Prozent beteiligt waren oder sind. Es ist beabsichtigt, dass die Definition des Begriffs „österreichische Unternehmen“ in diesem Regierungsübereinkommen und im Versöhnungsfondsgesetz gleichlautend ist (wie auch die Begriffe „Gesellschaft“ und „Unternehmen“) und sie auch in gleichlautender Weise interpretiert werden soll.

Der Notenwechsel gemäß Artikel 5 des Abkommens wurde am 1. Dezember 2000 durchgeführt; das Abkommen ist gemäß seinem Artikel 5 mit 1. Dezember 2000 in Kraft getreten.

Schüssel

Englischer Text:

Agreement between the Austrian Federal Government and the
Government of the United States of America concerning the Austrian
Fund “Reconciliation, Peace and Cooperation” (Reconciliation Fund)

The Austrian Federal Government (“Austria”)
and

the Government of the United States of America (“United States”)

Intending to shape relations between their two States in a spirit of friendship and cooperation for the future and to successfully resolve issues stemming from the past,

Recognizing that Austria has, by adopting legislation approved by the Allied Forces or building on international agreements to which the United

States is a party, and in close cooperation with victims' associations and interested governments, provided restitution and compensation to victims of National Socialist persecution,

Noting that, by means of the Austrian Fund for Reconciliation, Peace, and Cooperation ("Fund"), formed under Austrian federal law as an instrumentality of Austria and funded by contributions from Austria and Austrian companies, Austria and Austrian companies wish to respond to and acknowledge the moral responsibility for all claims involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II, Understanding that this Agreement does not affect Articles 21 and 26 of the 1955 State Treaty for the Re-Establishment of an Independent and Democratic Austria,

Recognizing that Austrian companies, having contributed to the Fund should not be asked or expected to contribute again, in court or elsewhere, for any claims asserted involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II,

Recognizing as legitimate the interest Austria and Austrian companies have in all-embracing and enduring legal peace with respect to all claims asserted involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II, and further recognizing that such interest is fundamental to the contribution of Austrian companies to the Fund,

Recognizing that it is in the interests of both Austria and the United States (the "parties") to have a resolution of these issues that is non-adversarial and non-confrontational, outside of litigation,

Recognizing that both parties desire all-embracing and enduring legal peace with respect to all claims asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II, to advance their foreign policy interests,

Having worked as partners, in consultation with other interested parties and governments to assist Austria and Austrian companies to achieve wide support for the total amount of funds and the eligibility criteria of the Fund and for the establishment of all-embracing and enduring legal peace, with respect to all claims involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II,

Noting that the Fund will assure broad coverage of victims and broad participation by companies, which could not be possible through judicial proceedings,

Believing that the Fund will provide as expeditious as possible a mechanism for making fair and speedy payments to now elderly victims,

Noting that Austria will conclude Agreements with Central and Eastern European countries representing the majority of victims eligible to receive payments from the Fund to guarantee smooth and efficient operation of the Fund,

Noting that Austria has coordinated with the Federal Republic of Germany and its Foundation “Remembrance, Responsibility and the Future” to provide as broad a coverage as possible for any claims involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II,

Having in mind, that the Fund covers, and that it would be in the interests of both parties for the Fund to be the exclusive remedy and forum for the resolution of, all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund,

Recognizing that Austria has passed legislation proposed by all political parties represented in the National Council to establish the Fund,

Have agreed as follows:

Article 1

The parties agree that the Fund covers, and that it would be in their interest for the Fund to be the exclusive remedy and forum for the resolution of, all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund.

Austria agrees to ensure that the Fund shall provide appropriately extensive publicity concerning its existence, its objectives, and the availability of funds.

Annex A sets forth the principles that shall govern the operation of the Fund. Austria assures that the Fund will be subject to supervision by an Austrian authority; any person may request that the Austrian authority take measures to ensure compliance with the legal requirements of the Fund.

Austria agrees to actively and expeditiously continue to pursue discussions with interested parties, based on an agreed upon framework with such parties, concerning potential gaps and deficiencies in the restitution and compensation legislation enacted by Austria after World War II to address aryanization issues during the National Socialist era or World War II on the territory of present-day Austria with a view to creating, in agreement with the United States, suitable potential remedies in the meaning of Article 2

paragraph 2 and Article 3 paragraph 3 hereof. The United States Government will facilitate this process.

Article 2

The United States shall, in all cases in which the United States is notified that a claim described in Article 1 (1) has been asserted in a court in the United States, inform its courts through a Statement of Interest, in accordance with Annex B, and consistent therewith, as it otherwise considers appropriate, that it would be in the foreign policy interest of the United States for the Fund to be the exclusive remedy and forum for resolving such claims against Austria and/or Austrian companies as defined in Annex C, and that dismissal of such cases would be in its foreign policy interest.

The United States shall also, in all cases in which Austria, in agreement with the United States, establishes a suitable potential remedy for other claims against Austria and/or Austrian companies arising out of the National Socialist era or World War II, file a Statement of Interest, *mutatis mutandis*, as described in Article 2 (1).

The United States, recognizing the importance of the objectives of this agreement, including all-embracing and enduring legal peace, shall, in a timely manner, use its best efforts, in a manner it considers appropriate, to achieve these objectives with state and local governments.

Article 3

This agreement is intended to complement the creation of the Fund and to foster all-embracing and enduring legal peace for Austria and Austrian companies with respect to any claims involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund.

This agreement shall not affect unilateral decisions or bilateral or multilateral agreements that dealt with the consequences of the National Socialist era or World War II.

The United States shall take appropriate steps to oppose any challenge to the sovereign immunity of Austria with respect to any claim that may be asserted against the Republic of Austria involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund, and other claims arising out of the National Socialist era or World War II for which Austria and the United States agree that a suitable potential remedy has been provided.

Article 4

Annexes A, B, and C shall be an integral part of this Agreement.

Article 5

The Agreement shall enter into force on the date on which the parties agree by exchange of notes.

DONE at Vienna, the day of October, 2000, in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

For the Austrian Federal
Government:

For the Government
of the United States of America:

Annex A of the Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the United States of America concerning the Austrian Fund “Reconciliation, Peace and Cooperation”

Principles Governing the Operation of the Fund

Article 1 (3) of the Agreement provides that the principles governing the operation of the Fund will be set forth in Annex A. This Annex reflects key elements of the Fund that form a basis for the parties’ mutual commitments in the Agreement.

The term “Reconciliation Fund legislation” refers to the Federal Law establishing the “Fund for Reconciliation, Peace and Cooperation (Reconciliation Fund),” the commentary adopted by the Constitutional Committee of the Austrian National Council which were communicated to the United States, and the by-laws to be established and governing the operation of the Fund.

The Reconciliation Fund legislation will state that the purpose of the Fund is to provide payments through partner organizations and, where no such partner organization exists, through the Fund itself, to all those who suffered as slave or forced laborers and to certain others who suffered during the National Socialist era or World War II on the territory of present-day Austria.

The Reconciliation Fund legislation will provide for a Board of Trustees that consists of an equal number of members appointed by the Austrian Government and Austrian companies and by other governments and victims’ representatives, except that the Chairman shall be the Chancellor of the Republic of Austria. All Fund operations will be transparent and by-laws and similar procedures will be made public. The Board will adopt by-laws by a simple majority vote. The by-laws will include a provision that will state that a purpose of the Fund is to benefit, through projects, the heirs of those who have not survived.

The Reconciliation Fund legislation will provide that the Fund and all partner organizations will be audited.

4. The Reconciliation Fund legislation will provide that each person who was forced to work while under detention in a concentration camp or similar place of confinement under inhumane conditions (“slave laborer”) will receive AS 105,000. The Reconciliation Fund legislation will also provide that persons who were transported by force or by deception into work on the territory of the present-day Republic of Austria, or who, after a voluntary stay on the territory of the present-day Republic of Austria, were prevented from returning home and who were subjected to particularly bad living conditions, and either were subject to confinement or some other significant limitation of freedom or were deprived of their personal rights or subjected to particularly severe disciplinary measures, and were forced to work (“forced laborers”), will each receive AS 35,000 if they had to perform forced labor in industry, business, construction, power companies and other commercial enterprises, public institutions, rail transportation or postal service, and AS 20,000 if they had to do forced labor exclusively in agriculture or forestry or exclusively performed personal services work. In addition, the Reconciliation Fund legislation will provide that the Fund will make payments of AS 105,000, AS 35,000 or AS 20,000 to natural persons who were residents of the territory of the present-day Republic of Austria and who, because of political motives, reasons of ancestry, religion, nationality, sexual orientation, physical or mental handicap, accusation of supposed anti-social behavior or in connection with medical experiments, were coerced by the National Socialist regime to work on the territory of the present-day Republic of Austria under conditions equivalent to those cited above. The Reconciliation Fund legislation will also provide that persons who were transported as children under the age of 12 with one or both parents, one or both of whom performed slave or forced labor, onto the territory of the present-day Republic of Austria, or who were born during their mother’s period of slave or forced labor on the territory of the present-day Republic of Austria, will receive payments up to the amount that their parent(s) are or would have been eligible to receive, i.e., AS 105,000, AS 35,000 or AS 20,000. The Reconciliation Fund legislation will also provide that persons who suffered demonstrably severe and lasting physical or psychological damage, due to work they had to do while performing forced labor on the territory of the present-day Republic of Austria but do not qualify to receive payments under another category, will be able to receive up to the amount applicable to their categories, i.e., AS 35,000 or AS 20,000 (“special hardship”). The by-laws will provide that a payment of up to AS 105,000, AS 35,000 or AS 20,000, depending on the circumstances, will be made to all others who can make a credible claim that they were forced to work on the territory of the present-day Republic of Austria under conditions similar to those faced by slave or forced laborers as defined in the Reconciliation Fund legislation, who are not otherwise covered by the Reconciliation Fund legislation. The Reconciliation Fund

legislation will also provide that a supplementary payment of AS 5,000 will be made to women who, during their time as forced laborers on the territory of the present-day Republic of Austria, gave birth to children in maternity facilities for eastern workers or who were forced to undergo abortions.

The Reconciliation Fund legislation will provide that slave or forced laborers will not be able to receive payments for their claims involving or related to their slave or forced labor during the National Socialist era or World War II from both the Fund and the German Foundation, “Remembrance, Responsibility and the Future.”

The Reconciliation Fund legislation will provide that the eligibility for the Fund will be limited to survivors, or, if the eligible person has died on or after February 15, 2000, then the heir(s) according to the national law of the person in question.

7. The Reconciliation Fund legislation will provide that all eligibility decisions will be based on relaxed standards of proof.

The Reconciliation Fund legislation will make clear that receipt of payment from Fund funds will not affect the recipient’s eligibility for social security or other public benefits. There will be no offsets for any prior compensation payments.

The Reconciliation Fund legislation will provide that each applicant for a Fund payment will be required to state that, upon receipt of a payment, he or she will waive any and all alleged National Socialist era or World War II claims against the Republic of Austria and/or Austrian companies, as well as against Germany and German companies, involving or related to slave or forced labor.

The bilateral agreements will provide that each partner organization will create an internal appeals procedure and the Reconciliation Fund legislation will provide that the Fund will create an internal appeals procedure.

The Reconciliation Fund legislation will require that the Fund provide appropriately extensive publicity concerning the benefits that the Fund will offer and how to apply. The Board of Trustees, in cooperation with the partner organizations, will determine the form and content of such publicity.

The Reconciliation Fund legislation will allow applications to be made to the partner organizations and to the Fund itself for up to two years after the entry into force of the Federal Law establishing the “Fund for Reconciliation, Peace and Cooperation (Reconciliation Fund).”

The Reconciliation Fund legislation will authorize the Fund and its partner organizations to receive information from Austrian Government agencies

and other public bodies that is necessary for the fulfillment of their responsibilities, in so far as this is not contrary to particular statutes or regulations or the legitimate interests of the persons concerned.

The Reconciliation Fund legislation will encourage Austrian companies to open their archives relating to the National Socialist era and World War II.

The Reconciliation Fund legislation will enter into force no later than when the funds of the Fund are made available to it and the bilateral agreements between Austria and the Governments of Belarus, the Czech Republic, Hungary, Poland, Russia, Ukraine, and the United States have been signed.

Annex B
of the Agreement between the Austrian Federal Government
and the Government of the United States of America concerning
the Austrian Fund “Reconciliation, Peace and Cooperation”

Pursuant to Article 2, Paragraph 1, the United States will timely file a Statement of Interest and accompanying formal foreign policy statement by the Secretary of State and Declaration of Deputy Treasury Secretary Stuart E. Eizenstat in all pending and future cases, regardless of whether the plaintiff(s) consent(s) to dismissal, in which the United States is notified that a claim has been asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to (i) the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II or (ii) any other claims covered by the Fund.

The Statement of Interest will make the following points:

1. As indicated in the correspondence between the President of the United States and the Federal President of the Republic of Austria, the President of the United States has concluded that it would be in the foreign policy interests of the United States for the Fund to be the exclusive forum and remedy for the resolution of all claims asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund.
2. Accordingly, the United States believes that all claims identified in paragraph one above should be pursued (or in the event the Fund has been exhausted, should timely have been pursued) through the Fund instead of the courts.
3. As referred to in the above-mentioned correspondence, dismissal of all claims identified in paragraph one above would be in the foreign policy interests of the United States. The United States will recommend dismissal on any valid legal ground which, under the United States system of jurisprudence, will be for the United States courts to determine. The United States will explain that, in the context of the Fund, it is in the

enduring and high interest of the United States to support efforts to achieve dismissal of all claims asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund. The United States will explain fully its foreign policy interests in achieving dismissal, as set forth below.

4. The United States' interests include the interest in a fair and prompt resolution of the issues involved in these lawsuits to bring some measure of justice to the victims of the National Socialist era or World War II in their lifetimes; the interest in the furtherance of the close cooperation this country has with the friendly country and trading partner, Austria; the interest in maintaining good relations with Israel and other Western, Central, and Eastern European nations, from which many of those who suffered during the National Socialist era or World War II come; and the interest in achieving legal peace for all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund.

5. The Fund is an important part of a half-century effort to complete the task of bringing justice to victims of the Holocaust and victims of the National Socialist era. The Fund complements prior compensation, restitution, and pension programs by Austria for acts arising out of the National Socialist era or World War II.

6. The participation in the Fund not only by the Austrian Government and companies that existed on the territory of present-day Austria during the National Socialist era or World War II, but also by companies that did not exist during the National Socialist era or World War II, as well as Austria's coordination with the Federal Republic of Germany and its Foundation "Remembrance, Responsibility and the Future," allows comprehensive coverage of the claims of slave or forced laborers and certain other victims.

7. Plaintiffs in these cases face numerous legal hurdles, including, without limitation, foreign sovereign immunity, justiciability, international comity, statutes of limitation, jurisdictional issues, *forum non conveniens*, difficulties of proof, certification of a class of heirs and legal precedent adverse to their claims. The United States takes no position here on the merits of the legal claims or arguments advanced by plaintiffs or defendants. The United States does not suggest that its policy interests concerning the Fund in themselves provide an independent legal basis for dismissal, but will reinforce the point that U. S. policy interests favor dismissal on any valid legal ground.

8. The Fund is fair and equitable, based on: (a) the advancing age of the plaintiffs, their need for a speedy, non-bureaucratic resolution, and the desirability of expending available funds on victims rather than litigation;

(b) the Fund's level of funding, allocation of its funds, payment system, and eligibility criteria; (c) the difficult legal hurdles faced by plaintiffs and the uncertainty of their litigation prospects; (d) the particular difficulties presented by the claims of heirs; and (e) the commitment of the Austrian government to actively and expeditiously continue to pursue discussions with interested parties, based on an agreed upon framework with such parties, concerning potential gaps and deficiencies in the restitution and compensation legislation enacted by Austria after World War II to address aryanization issues during the National Socialist era or World War II on the territory of present-day Austria with a view to creating, in agreement with the United States, suitable potential remedies within the meaning of Article 2 paragraph 2 and Article 3 paragraph 3 hereof.

9. The structure and operation of the Fund will assure (or has assured) swift, impartial, dignified, and enforceable payments; appropriately extensive publicity has been given concerning its existence, its objectives, and the availability of funds; and the Fund's operation is open and accountable.

Annex C
of the Agreement between the Austrian Federal Government
and the Government of the United States of America concerning
the Austrian Fund "Reconciliation, Peace and Cooperation"

Definition of "Austrian Companies"

"Austrian companies," as used in this Executive Agreement and the Annexes thereto are defined as in Section 5 (2) of the legislation establishing the Fund "Reconciliation, Peace and Cooperation," as follows:

Enterprises that, at any given time, had or have their headquarters within the borders of the present-day Republic of Austria as well as their parent companies (past or present, direct or indirect), even when the latter had or have their headquarters abroad.

Enterprises situated outside the borders of the present-day Republic of Austria in which Austrian enterprises as described in Sentence (1), at any given time, had or have a direct or indirect financial participation of at least 25 percent.

The definition of "Austrian companies" in this Executive Agreement and the Reconciliation Fund legislation are meant to be identical (as are the words "company" and "enterprise") and should be interpreted in an identical manner."

Dokument 24

Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes, Wien, am 24. Oktober 2000:

„DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER REPUBLIK POLEN,

im folgenden „die Vertragsparteien“ genannt,

IN DER ERKENNTNIS, daß Diktatur und Krieg den Fremdenhass, die Unfreiheit, Rassismus, Intoleranz und Massenmord brachten und daß die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust, der Völkermord an slawischen und anderen Völkern Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus sind,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß nur durch Gerechtigkeit und Versöhnung dauerhafte Stabilität und ein friedliches und sicheres Miteinander gewährleistet werden können sowie das Wissen und die Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems den künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergegeben werden müssen,

VON DEM WUNSCH GELEITET, Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, um ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiete der heutigen Republik Österreich eine freiwillige Leistung der Republik Österreich unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffenen Unternehmen zu geben,

IN DER ERKENNTNIS, daß durch diese freiwillige Leistung der Republik Österreich ein wesentlicher Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Verständigung der Völker in Europa gesetzt wird,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

ARTIKEL 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Fonds“ den durch österreichisches Bundesgesetz eingerichteten Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds).

(2) bezeichnet der Begriff „Stiftung“ die von der Republik Polen gegründete Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung“.

ARTIKEL 2

Gegenstand des Abkommens

Die österreichische Bundesregierung wird den Fonds veranlassen, in einem Höchstmaß von ÖS 550 Millionen über die Stiftung einmalige finanzielle Beiträge an natürliche Personen zu leisten, die vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportiert und zur Sklaven- oder Zwangsarbeit verpflichtet wurden, im Zeitpunkt ihrer Deportation polnische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Polen hatten.

ARTIKEL 3

Grundsätze für den Empfang von Leistungen

Als Leistungsempfänger kommen ehemalige vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportierte Sklaven- oder Zwangsarbeiter, insofern sie keine Leistungen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten können, in Betracht, nämlich

Sklavenarbeiter (ÖS 105.000),

Zwangsarbeiter in der Industrie (ÖS 35.000),

Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft (ÖS 20.000),

mitdeportierte Kinder und Minderjährige vor Vollendung des 12. Lebensjahres und Kinder, die während des Zwangsarbeitseinsatzes ihrer Mutter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geboren wurden (je nach Kategorie der Eltern) und

weibliche Zwangsarbeiter, die Kinder in Ostarbeiterinnenentbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden (zusätzlich ÖS 5.000),

die im Zeitpunkt ihrer Deportation polnische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Polen hatten.

(2) Leistungen sind höchstpersönlich und ausdrücklich zu beantragen. Personen, deren vollständige und überprüfte Unterlagen über die von ihnen geleistete Sklaven- und Zwangsarbeit sich im Besitz der Stiftung befinden, sind nicht verpflichtet, neue Anträge auf Auszahlungen einzureichen. Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach polnischem Recht. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen gemäß diesem Abkommen besteht nicht.

(3) Der Antragsteller hat die Leistungsvoraussetzungen durch Urkunden nachzuweisen oder auf andere Weise glaubhaft zu machen. Beim Empfang der Leistung ist eine Erklärung abzugeben, dass auf die Geltendmachung

von Forderungen gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen und gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Unternehmen für Sklaven- und Zwangsarbeit gemäß diesem Abkommen unwiderruflich verzichtet wird.

Die österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Polen informieren einander gesondert über die Einzelheiten der Regelung für Empfang und Umfang der Leistungen.

ARTIKEL 4

Grundsätze für die Erbringung der Leistung

(1) Die Auszahlung der vom Fonds zur Verfügung gestellten Mittel erfolgt durch die Stiftung. Mittel des Fonds werden je nach Bedarf innerhalb kürzest möglicher Frist aufgrund der von der Stiftung übermittelten und vom Fonds stichprobenartig überprüften Listen der Personen gemäß den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Kategorien, die die Leistungsvoraussetzungen erfüllen, zugewiesen.

(2) Die Zahlungen erfolgen in konvertibler Währung (Devisen) auf das Konto der Stiftung, das die Regierung der Republik Polen der österreichischen Bundesregierung angeben wird.

(3) Die Regierung der Republik Polen verpflichtet sich, Leistungen nach diesem Abkommen von allen Abgaben, Steuern und Gebühren zu befreien, die Leistungen ohne Abzüge weiterzugeben und insbesondere keine Minderung von Einkünften der Leistungsberechtigten aus dem System der sozialen Sicherheit, dem Gesundheitswesen oder aus anderen Bereichen herbeizuführen.

(4) Die Stiftung wird dafür Sorge tragen, daß Personen, deren Anträge auf Leistungen sie abgewiesen hat, die Möglichkeit der Anrufung einer Beschwerdestelle der Stiftung eingeräumt wird.

(5) Im Interesse größtmöglicher Transparenz bei der Durchführung dieses Abkommens ist eine entsprechende regelmäßige internationale Wirtschaftsprüfung der Stiftung vorzusehen, deren Auswahl im Einvernehmen zwischen Stiftung und Fonds zu treffen ist. Die anfallenden Kosten werden vom Fonds übernommen.

(6) Bei der Gewährung der Leistung ist Vorsorge zu treffen, dass die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit entsprechend betont werden.

(7) Einzelheiten der Leistungserbringung sind in Verträgen zwischen dem Fonds und der Stiftung zu regeln. In diesen Verträgen ist auch die Übernahme der angemessenen Deckung der bei der Stiftung entstehenden Personal- und Sachkosten durch Mittel des Fonds zu regeln. Weiters ist sicher-

zustellen, daß es bei Sklaven- und Zwangsarbeit, die teilweise sowohl im Leistungsbereich der deutschen Stiftung, als auch in jenem des Fonds geleistet wurde, zu keinen Doppelzahlungen kommt.

ARTIKEL 5

Datenschutz

(1) Die Stiftung und der Fonds sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen die berechtigten Informationsinteressen der Stiftung oder des Fonds überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Abkommen, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur für das Verfahren zur Leistungsgewährung verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

ARTIKEL 6

Vertretung

(1) Die Regierung der Republik Polen kann einen Vertreter als Mitglied in das Kuratorium des Versöhnungsfonds entsenden.

(2) Die Regierung der Republik Polen wird dafür Sorge tragen, daß vom Fonds zu benennenden Personen gestattet wird, in die Arbeiten der Stiftung, die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängen, Einsicht zu nehmen.

ARTIKEL 7

Rechtssicherheit

Die Republik Polen wird weitere Forderungen gegenüber der Republik Österreich oder österreichischen Unternehmen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit unter dem nationalsozialistischen Regime auf dem heutigen Gebiet der Republik Österreich nicht geltend machen und weder vertreten noch unterstützen.

ARTIKEL 8

Anträge früherer oder heutiger polnischer Staatsbürger außerhalb des Abkommens

Dieses Abkommen berührt nicht die Möglichkeit früherer oder heutiger polnischer Staatsbürger, die nicht unter dieses Abkommen fallen, Anträge direkt an den Fonds zu richten.

ARTIKEL 9
Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die letzte schriftliche Mitteilung in Empfang genommen wird, mit denen die Vertragsparteien einander über die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens in Kenntnis gesetzt haben.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. Oktober 2000, in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE
BUNDESREGIERUNG

Dr. Wolfgang Schüssel

FÜR DIE REGIERUNG DER
REPUBLIK POLEN:

Dr. Jerzy Kranz“

Dokument 25

Joint Statement on the Occasion of the Signing Ceremony of the Bilateral Agreements Relating to the Austrian Reconciliation Fund, Wien, am 24. Oktober 2000

“The Governments of the Republic of Belarus, the Czech Republic, the Republic of Hungary, the Republic of Poland, and Ukraine,

The Governments of the Republic of Austria (“Austria”) and the United States of America (“United States”),

Austrian companies and,

As further participants, the undersigned attorneys,

Recognizing that dictatorship and intolerance cause xenophobia, slavery, racism, anti-Semitism, war and genocide and that the unprecedented crimes of the National Socialist era are a constant reminder to be vigilant against all forms of totalitarianism,

Affirming that knowledge of and sensitivity towards the mechanisms and structures of the crimes of the Nazi system be a warning for all future generations,

Noting that through the Reconciliation Fund, Austria and Austrian companies acknowledge moral responsibility for and recognize the suffering of all victims of slave or forced labor who worked on the territory of the present-day Republic of Austria and who were exploited to contribute to the economy of that time – the effect of this contribution still being felt today in some cases – and understand that, for the victims, the place where this happened was Austria, which had been incorporated into the German Reich,

Noting that, by means of the Austrian Fund for Reconciliation, Peace, and Cooperation (“Reconciliation Fund”) formed under Austrian federal law as an instrumentality of Austria and funded by contributions from Austria and Austrian companies, Austria and Austrian companies wish to respond to and acknowledge moral responsibility and bring a measure of justice to the victims of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II,

Recalling the speech by President Thomas Klestil in Jerusalem on November 15, 1994 when he referred to the shared moral responsibility of Austria by declaring: “Today we Austrians recognize that an acknowledgment of the full truth was long overdue. We know full well that all too often we have spoken of Austria as the first state to have lost its freedom and independence to National Socialism – and far too seldom of the fact that many of the worst henchmen in the Nazi dictatorship were

Austrians. And no word of apology can ever expunge the agony of the Holocaust. In the name of the Republic of Austria, I bow my head before the victims of that time,”

Recognizing that Austria has, by adopting legislation approved by the Allied Forces or building on international agreements, and in close cooperation with victims’ associations and concerned governments, provided restitution and compensation to victims of National Socialist era persecution,

Acknowledging the role Austria played since World War II in accommodating refugees from the Eastern Bloc, particularly from Hungary in 1956, from the former Czechoslovakia in 1968, and from the former Yugoslavia throughout the 1990s, and in providing safe-haven to and facilitating the secure transit of more than 360,000 Russian Jews on their way to freedom between the years of 1968 and 1989, and that the Reconciliation Fund constitutes a further gesture by Austria and Austrian companies to the peoples of Central and Eastern Europe,

Understanding that insofar as the sum of AS 6 billion to be made available by Austria and Austrian companies for the Reconciliation Fund is concerned, that sum is both a ceiling and a final amount and that all payments made towards former slave or forced laborers as well as payments for any other claims covered by the Reconciliation Fund, including payments in connection with wrongs that had taken place on the territory of the present- day Republic of Austria during the time of the National Socialist regime whereby due consideration is to be given to the heirs of those slave or forced laborers who died before February 15, 2000, and all other costs incurred in connection with the Fund shall be financed from this sum, from any contributions from others, and the interest thereon,

Understanding that additional contributions by others for use by the Reconciliation Fund are welcomed,

Recognizing that the Reconciliation Fund will provide dignified payments to some 150,000 survivors who suffered during the National Socialist era or World War II on the territory of the present-day Republic of Austria,

Accepting the common objective that Austria and Austrian companies (including parents and subsidiaries as defined in Annex A) receive all-embracing and enduring legal peace for all claims involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II,

Welcoming the commitment of Austria to continue to pursue discussions with interested parties, based on an agreed upon framework with such parties, concerning potential gaps and deficiencies in the restitution and compensation legislation enacted by Austria after World War II to address

aryanization issues during the National Socialist era or World War II on the territory of the present-day Republic of Austria with a view to creating, in agreement with the United States, suitable potential remedies,

Recognizing that it would be in the participants' interest for the Reconciliation Fund to be the exclusive remedy and forum for the resolution of all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Reconciliation Fund,

Recognizing that the establishment of the Reconciliation Fund does not create a basis for claims against Austria, Austrian companies, or Austrian nationals,

Declare as follows:

1. All participants welcome and support the Reconciliation Fund, and declare their agreement with its elements, including the annexed distribution plan (Annex B). The interests of former slave or forced laborers of the National Socialist regime, certain other victims and heirs have been duly taken into account. Based on the circumstances, all participants consider the overall result and the distribution of the Reconciliation Fund funds to be fair to the victims and their heirs. The Reconciliation Fund opens the prospect of payment being made, even if, 55 years after the end of the war, the wrongdoer can no longer be traced or is no longer in existence.

2. Given the advanced age of the victims concerned, the primary humanitarian objective of the Reconciliation Fund is to show results as soon as possible. All participants will work together in a cooperative, fair and non-bureaucratic manner to ensure that the payments reach the victims quickly.

3. Payments are to be made to applicants on behalf of the Reconciliation Fund irrespective of their race, religion, and nationality. Insofar as the participants themselves distribute funds, they will base their decisions on the criteria of eligibility set out in the Austrian law establishing the Reconciliation Fund and will act justly in this regard.

4. The participating Governments and other participants will proceed as follows:

a) Austria and Austrian companies shall together contribute AS 6 billion to the Reconciliation Fund.

b) Austria and the United States will sign an Executive Agreement. Such agreement contains the obligation undertaken by the United States to assist in achieving all-embracing and enduring legal peace for Austria and

Austrian companies for all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II.

c) Austria will conclude agreements with Central and Eastern European States representing the majority of victims eligible to receive payments from the Reconciliation Fund. The Governments of the participating Central and Eastern European States will implement the necessary specific measures within the framework of their national legal systems to achieve all-embracing and enduring legal peace for Austria and Austrian companies for all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II.

d) The AS 6 billion contribution of Austria and Austrian companies shall be due and payable to the Reconciliation Fund and distributions shall begin once the Executive Agreement between the United States and Austria enters into force and all pending claims as of October 24, 2000 against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II or any other claims covered by the Reconciliation Fund, including those in the lawsuits listed in Annex [C], have been dismissed with prejudice. Austria will make available reasonable advanced funding, to provide appropriate publicity of the upcoming availability of Reconciliation Fund benefits. Funds of Austrian companies will be deposited into interest bearing account(s) no later than November 24 (thirty days after the signing of the Executive Agreement). All interest earned on funds in such account(s) will accrue to the Reconciliation Fund.

e) The undersigned counsel for plaintiffs will file motions or stipulations to dismiss with prejudice all pending claims they have filed in U. S. courts against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II, as well as all other claims covered by the Reconciliation Fund, including those listed in Annex [C]. They will also cooperate in seeking dismissal with prejudice of all other such claims pending in U. S. courts, as of October 24, 2000, including those listed in Annex [D].

f) Austria and the United States will bring into force the Executive Agreement and the United States will thereupon file the Statement of Interest as provided therein.

g) Austria will encourage Austrian companies to open their archives relating to the National Socialist era and World War II.

For the Government of the Republic of Belarus

For the Government of the Czech Republic

For the Government of the Republic of Hungary
For the Government of the Republic of Poland.
For the Government of Ukraine
For the Government of the United States of America
For the Government of the Republic of Austria
For the Platform “Humanitarian Action”

Lawrence Kill
for Anderson, Kill & Olick, P. C.

Edward Fagan
for Fagan & Associates

Carey D’Avino. Barry Fisher
for Fleishman & Fisher

Robert Swift
for Kohn, Swift & Graf, P. C.

Morris A. Ratner
for Lieff, Cabraser, Heimann & Bernstein, L. L. P.

Martin Mendelsohn
for Verner, Liipfert, Bernhard, McPherson & Hand

Deborah M. Sturman
for Milberg, Weiss, Bershad, Hynes & Lerach, L. L. P.

Myroslaw Smorodsky

Michael Witt

**Joint Statement on the Occasion of the Signing Ceremony of the Bilateral
Agreements Relating to the Austrian Reconciliation Fund**

Annex A

Definition of “Austrian Companies”

“Austrian companies,” as used in this Executive Agreement and the Annexes thereto are

defined as in Section 5 (2) of the legislation establishing the Fund
“Reconciliation, Peace and

Cooperation,” as follows:

1. Enterprises that, at any given time, had or have their headquarters within the borders of the present-day Republic of Austria as well as their parent companies (past or present, direct or indirect), even when the latter had or have their headquarters abroad.

2. Enterprises situated outside the borders of the present-day Republic of Austria in which Austrian enterprises as described in Sentence (1), at any given time, had or have a direct or indirect financial participation of at least 25 percent. The definition of “Austrian companies” in the Executive Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the United States of America concerning the Austrian Fund “Reconciliation, Peace and Cooperation” (Reconciliation Fund) and the Reconciliation Fund legislation are meant to be identical (as are the words “company” and “enterprise”) and should be interpreted in an identical manner.

**Joint Statement on the Occasion of the Signing Ceremony of the Bilateral Agreements Relating
to the Austrian Reconciliation Fund**

Annex B

Distribution Plan

	Sub-Categories	Amounts for Sub-Categories (Mio. ATS)	National Caps (Mio. ATS)	Payments to Victims (Mio. ATS)	Other Costs	Overall Amount
Republic of Belarus			270			
Czech Republik			501			
Republic of Hungary			672			
Republic of Poland			550			
Russian Federation			725			
Ukraine			1,080			
Rest of the World						
	Slave Laborers (Roma/Sinti)	73,5				
	Claims Conference for Jewish Slave Laborers	241,5				
	Forced Laborers in Industry (80%)	763				
	Forced Laborers in Agriculture	109				
	Women and Children	35				
	catch-all clause	200				
		1,422	1,422			
Total Rest of the World						
Total Payments for Victims				5,220		5,220
Administrative Costs					388	
Publicity					86	
Programs for Heirs					300	
Sub-Total					774	774
Total Amount						5,994